

Riefner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Kraftanstalt: Tageblatt Riesa.
General Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkontonummer: Dresden 1388
Groschlag Riesa Nr. 12.

Nr. 69.

Mittwoch, 22. März 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riefner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 11.— Mark einschließlich Belegbogen. Einzelnummer 50 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewinne für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 8 mm hohe Grundzeile (7 Zeilen) 2.50 Mark; getraubener und tabellarischer Satz 50%, Aufsatz, Nachweilung- und Veredelungsarbeiten 1/2 Mark. Bezahlter Rabatt 10%, wenn der Betrag sofort durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Zeitliche Unterbrechungsbeiträge, Erschließung an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises, Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftstelefon: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Döhnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Donnerstag, den 30. März 1922, vormittags 1/2 12 Uhr

wird im Sitzungssaale der Amtshauptmannschaft

Bezirksversammlung

abgehalten.

Großenhain, am 21. März 1922.

Marxus, Vorsitzender.

Wichtig für alle Kleinrentner!

Gemäß ministerieller Anordnung ist ein Verzeichnis über die in Riesa als hilfsbedürftigen Kleinrentner im Sinne der Verordnung vom 20. August 1921 anzuführenden Personen aufgestellt worden. Nur in dieses Verzeichnis aufgenommene Kleinrentner dürfen bei künftigen Verteilungen von Geldmitteln oder Waren seitens der Gemeinden, des Bezirks oder des Staates berücksichtigt werden.

Neuaufnahmen in das Verzeichnis setzen Ausfüllung eines im Rathaus, Zimmer Nr. 10, erhältlichen Antragsvorbruders und Prüfung der Berechtigung des Antragstellers durch den örtlichen Hilfsstellenausschuss voraus.

Allen Kleinrentnern wird dringend anheim gestellt, sich — ev. durch den Vorsitzenden des Kleinrentnervereins — davon zu überzeugen, ob sie bereits in das Riefner Verzeichnis der hilfsbedürftigen Kleinrentner eingetragen sind, und, wenn nötig, ihre Eintragung noch zu beantragen. Der Rat der Stadt Riesa, am 20. März 1922. G.M.

Bekanntmachung.

Die Deputate der in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeitnehmer sind beim Steuerabzug vom Arbeitslohn

vom 1. April 1922 ab

mit folgenden Werten zu berücksichtigen:

1 Rentner Kartoffeln	80 M.
1 Rentner Getreide	300 "
1 Liter Milch	4 "
1 Ei	2 "
1 Pfund Butter	40 "
1 Rentner Stroh	30 "

Ein gemästetes Schwein ist mit 1800 M. für den Rentner Lebendgewicht zu bewerten Dresden, am 15. März 1922.

Das Landesfinanzamt, Abteilung für Besitz- und Verkehrssteuern.
Dr. G. o. b.

Brotmarkenausgabe in Gröba.

Die Brotmarken für die Zeit vom 27. 3. bis 23. 4. 1922 werden in dieser Woche an den bekannten Tagen im hiesigen Gemeindeamt, Zimmer 6, ausgeben.
Gröba (Elbe), am 21. März 1922.
Der Gemeindevorstand.

Wegen Reinigung bleiben am

Montag, den 27. März

die im Erdgeschoss gelegenen Geschäftsräume des Gemeindeamtes Gröba (Spar- und Girokasse, Gemeindefasse, Steuerfasse und Einwohnermeldeamt) und am

Dienstag, den 28. März

die im Obergeschoss befindlichen Geschäftsräume (Registrierung, Standesamt, Wohlfahrts- und Fürsorgeamt) geschlossen.
Die Anzeigen von Sterbefällen und Totgeburten haben am Dienstag, den 28. März 1922, vormittags von 8—9 Uhr im Zimmer 6 zu erfolgen.
Gröba (Elbe), am 21. März 1922.
Der Gemeindevorstand.

Dortliches und Sächsisches.

Riesa, den 22. März 1922.

— Nachamtlicher Bericht über die gestern abend von 11 Uhr ab in der Oberrealschule abgehaltene öffentliche Sitzung der Stadtverordneten. Vom Kollegium lebten die Herren Stadtv. Braune, Klein und Richter. Als Vertreter des Rates wohnten Herr Bürgermeister Dr. Scheider und Herr Stadtrat Gutlander der Sitzung bei; außerdem war Herr Stadtratsrat Duellmann anwesend. Der Ausschussvorsitzende war gut besucht. Die Sitzung leitete Herr Vorsitzender Richter.

1. Das Kollegium stimmte dem Vorschlag des Ausschusses zur Nachprüfung der Geschäftsordnung zu, wonach § 8 dahin abgeändert werden soll, daß jedes Mitglied des Kollegiums Anträge an Beratungsgegenständen stellen kann, sofern sie von 1/3 (bisher 1/2) der Anwesenden unterstützt werden.

2. Die Direktion des Gaswerkes hat vorgeschlagen, ab 1. April d. N. den Gaspreis auf 4,80 M. für Einheitsgas, 4,80 M. für Automatengas und 4,40 M. für Stadtgas zu erhöhen. Ferner soll künftig bei Erhöhung des Kohlenpreises für jede Tonne pro Tonne der Gaspreis sich um 1/10 erhöhen pro Kubikmeter automatisch erhöhen. Die Wasserpreise sollen ab 1. April auf 2,50 M. für zu privaten und gewerblichen Zwecken verbrauchtes Wasser und 2,40 M. für häuslichereits verbrauchtes Wasser, Defekte, Eisenbahn und Wasserkraft erhöht werden. Die Wasserpreise sollen eine Steigerung um 100 Prozent erfahren. Da in beiden Vorlagen genaue Aufstellungen des Gas- und Wasserwerkes über die Selbstkostenpreise und die Unkosten feststehen, wurde von der Linken beantragt, die Beschlussfassung über die vorgeschlagenen Erhöhungen zu vertagen. Es wurde aber schließlich gegen vier Stimmen ein Antrag Reyer angenommen, daß der Gas- und Wasserwerksausschuss die Unterlagen bis zum 26. März nochmals prüfen soll und daß die Vorlagen als angenommen gelten, falls vom Ausschuss Einspruch gegen die Erhöhungen nicht erhoben wird. Ueber die automatische Erhöhung des Gaspreises wurde Bescheid nicht gefaßt. Diese Frage wurde ebenfalls an den Ausschuss zurückverwiesen, da als wünschenswert erachtet wurde, daß für die automatische Erhöhung neben den Kohlenpreisen auch die Lohnerböhrungen maßgebend sein sollen.

3. Zur Beschaffung von 10 Latenbänken und 18 Fudern Sand für den Kinderspielfeld im Stadtpark, sowie zur Ausführung von Reparaturen daselbst wurden 1000 Mark bewilligt. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erklärte, daß die Bänke schon mehrmals ersetzt, aber immer wieder gestohlen worden seien. Der Rat werde für neue Bänke keine Mittel mehr bewilligen, wenn die jetzt zur Anschaffung gelangenden wieder entwendet würden. Das Publikum möge den Anlagen den erforderlichen Schutz mit angeben lassen und bei der Ermittlung der Verlorenen, die Diebstähle und Zerstörungen in den Anlagen ausführen, beihilflich sein.

4. Es lagen vor die Entwürfe von Verbandsgesetzen für das Kaufmannsgericht und für das Gewerbeamt. Dem für die Errichtung dieser Gerichte gebildeten Gemeindevorstand gehören die Stadtgemeinde Riesa und die Landgemeinden Gröba, Mühlitz, Radebau und Weida an. Beirittsfähig sind weitere im Bezirk des Amtsgerichts Riesa gelegene Gemeinden. Es hat langer Verhandlungen mit den beteiligten Kreisen und Gemeinden bedurft, bis eine Einigung über die Einrichtung erzielt wurde. Eine Differenz zwischen dem Rat und der Linken bestand nur noch hinsichtlich des § 7, der die Bestimmungen über den Vorsitzenden und die zwei stellvertretenden Vorsitzenden des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts enthält. Die sozialdemokratische Fraktion ließ erliegen, daß sie dem Beschlusse des Rates zu diesem Vorhaben nur zustimme, weil sie eine weitere Verschärfung des ganzen Gesetzes verhindern wolle. Die Beschlüsse wurden darauf einstimmig angenommen.

5. Nachdem die Wege und das Weggebäude an am früheren Kaufhüttemagazin an der Markstraße abgebrochen worden sind, macht es sich notwendig, das Land vorarbeiten zu lassen. Es soll nach Herausnahme des Pflasters als Grasplatz hergerichtet und eingezäunt werden. Die vorhandene Wegegrube soll als Streifenandrade ausgebaut und mit Wollen abgedeckt werden. Für diese Arbeiten und für die Vornahme gärtnerischer Vorrichtungen belaufen sich die Kosten auf insgesamt 400 Mark. Der Vorlage wurde einstimmig

6. Zur Beschaffung von Schleusendeckel in wurden 9000 Mark bewilligt.

7. Für die städtischen Beamten und Bekehr sollen nach einem Ratsbeschlusse die Reize- und Tagegelder dergegestalt erhöht werden, daß anstatt der seit Dezember 1920 gezahlten 300 Prozent nunmehr mit Wirkung ab 1. Januar 1922 den Einkunften 5 bis 7 500 Prozent zum Normallohn und den Einkunften 8 und 9 anstatt 25 Mark 37,50 Mark täglich gezahlt werden. Dem Ratsbeschlusse wurde beigestimmt.

8. Bauausschuss und Rat haben beschlossen, unerwartet der Entscheidung des Landeswohnungsamtes hinsichtlich der Gewährung eines Bauzuschusses, mit dem Ausbau des Wirtschaftsgebäudes in der früheren Kaserne 1/88 zu Wohnungen sofort zu beginnen. Mit dem Ausbau des Kammergebäudes zu einem Bade- und Wäschetrockengebäude soll begonnen werden, sobald die Sicherheit besteht, daß ein Bauzuschuß von 500000 M. gezahlt wird. Herr Bürgermeister Dr. Scheider machte hierzu längere Ausführungen, in denen er u. a. bemerkte, daß die in dem Kammergebäude zur Verfügung stehende Fläche auch der Allgemeinheit zur Verfügung stehen solle. Vom Landeswohnungsamt sei zwar der Grundbesitz aufgestellt worden, daß Badeanlagen nicht mehr bewilligt werden sollen, es sei aber gelungen, für eine Reihe Häuser der Gegend, für die ein Reichs- und Staatszuschuß von einer Million Mark gegeben worden sei, noch einen weiteren Zuschuß von 500000 M. durchzusetzen. Diese Mittel sollen zum Ausbau des Kammergebäudes zu Badewerkeln verwendet werden. Im Wirtschaftsgebäude könnten noch 9 Wohnungen erstellt werden, außerdem noch eine Rangelstube. Wenn auch die Frage, welche Zuschüsse für den Ausbau dieses Gebäudes bezahlt würden, noch nicht geklärt sei, so hoffe doch zu hoffen, daß wir so viel bekommen würden, daß der Umbau vorgenommen werden könne. Der Redner schloß dann noch aus, daß im vorigen Jahre in Sachsen 420 Millionen M. zur Gewährung von Baukostenzuschüssen bereit gestellt worden seien. In diesem Jahre würden 310 Millionen zur Verfügung stehen, die das Ertragnis einer Wohnungsabgabe in Höhe von 50%, der Vorkriegsmiete darstellten würden. Der Gegenstand über diese Wohnungsabgabe soll dem Landtag aber erst noch gehen. Die Gemeinden würden sich auf 1/2, der im Vorjahre erhaltenen Zuschüsse belaufen müssen, unsere Stadt, die voriges Jahr 2700000 M. erhalten habe, also auf 900000 M. Es fehlten in Sachsen 400000 Wohnungen, die wohnungsuchenden Ehepaare ohne Kinder seien nicht mitgerechnet. Von dieser Summe stellten die Großstädte ungefähr die Hälfte. Es werde also für dieses Jahr nur mit einem Drittel der vorjährigen Zuschüsse zu rechnen sein. Davon seien noch 50 Millionen abzugeben für Kriegserleidungen. Es seien Anträge auf 7000 Kriegserleidungen eingegangen, und die Mittel reichten aus für 500 Bauten. Nach dem vom Landeswohnungsamt aufgestellten Grundrissen dürten nur in Wohnungsnotstandsgemeinden Kriegserleidungen ausgeführt werden. In Riesa seien 30 Anträge eingegangen, wovon vielleicht für zwei die Genehmigung zu erlangen sei. Die Stadt gebe mit dem Gedanken um, eventuell auch die Kaserne 2/88 zu Wohnungen auszubauen. Aber in diesem Jahr würden hierzu Zuschüsse nicht zu erlangen sein, und der Gemeinde sei es nicht möglich, ohne diese den Umbau auszuführen. Die Frage werde die städtischen Kollegien beschäftigen müssen, ob wir den Bau 1922 ausführen wollen, wenn uns die Zustimmung gegeben wird, daß er eventuell 1923 bezuschult wird, vorausgesetzt, daß es dann noch Zuschüsse gibt. Vom Landeswohnungsamt seien Bedenken dagegen nicht zu erwarten. Herr Stadtv. Völsch meint, daß angestrichelt der durch das Flüchtlingslager seitdem geschaffenen Verhältnisse versucht werden müsse, erhöhte Zuschüsse zu erhalten. Die Frage des Herrn Stadtv. Völsch, ob für die Kriegserleidungen extra Zuschüsse gewährt würden, verneint Herr Bürgermeister Dr. Scheider. Auf die Ausführungen des Herrn Stadtv. Völsch bemerkt er, daß einkundigere Vorstellungen, als wie er sie schon beim Landeswohnungsamt erhoben habe, kaum gemacht werden könnten. Die Herren Stadtv. Völsch und Völsch. Völsch verweist darauf, daß in anderen Orten durch das Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern eine erhebliche Anzahl von Wohnungen errichtet worden sei. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erklärte, daß er in dieser Richtung ganz Bäume nehmen wolle, obwohl

gestellt werden müsse, daß auch hiesige industrielle Werke für die Erstellung von Wohnungen bereits angelegen hätten sein lassen. Das Gefühl dürften wir in Riesa ebenfalls haben, daß wir seit 1919 in der Beschaffung von Wohnungen hinter anderen Gemeinden nicht zurückgeblieben seien. Es seien etwa 300 Wohnungen erstellt worden. — Der Vorlage wurde hierauf vom Kollegium zugestimmt.

9. In den Ausschuss zur Durchführung von Notstandsmassnahmen zur Unterhaltung der Rentenempfänger der Invaliden- und Angelegenheitsversicherung wurde Herr Stadtv. Schumann gewählt.

10. Dem Ratsbeschlusse auf Erhöhung des Jahresgebühres der Schwefelern im Stadtkrankenhaus von 5600 auf 7000 M. wurde beigestimmt.

11. Der 9. Ratsratrag zur Ortschulordnung wurde in der mit dem Bezirkslehrerausschuss vereinbarten Fassung genehmigt.

12. Zugestimmt wurde der weiteren Erhöhung der Bauhofgebühren für die Raubrunasmittelkontrolle und die Uebertragung derselben auf die Landesstelle für öffentliche Gesundheitspflege.

13. Für die Verteilung eines neuen Anschlusses für den Projektionsapparat in der Aula der Oberrealschule wurden 3000 M. bewilligt.

14. Dem Ratsbeschlusse, das Schulgeld für die Oberrealschule vom neuen Schuljahr ab für Einheimische von 400 auf 500 M. und für Auswärtige von 600 auf 1000 M. zu erhöhen, wurde beigestimmt.

15. Gemäß einer Verordnung des Kultusministeriums vom 8. Mai 1914 müßten zurzeit an unierer Oberrealschule 17 ständige Stellen bestehen, vorhanden sind aber nur 15. Auf Anfrage des Rates hat das Kultusministerium erklärt, daß die fehlenden 2 ständigen Stellen errichtet werden müssen. Der Oberrealschulenausschuss und der Rat haben darüber beschlossen, die Oberrealschule in zwei ständige Stellen an der Oberrealschule in ständige umzuwandeln. Herr Völsch erklärte, daß seine Fraktion die Vorlage ablehne, weil sie sich die Möglichkeit, die Schule umzugestalten, nicht verbauen lassen wolle. Die Art, wie die Schulleitung die Angelegenheit behandelt habe, müsse zu Schürfen führen. Bei einer entgegen gesetzten Entscheidung des Ministeriums würde sich seine Fraktion nicht beruhigen, eventuell würde sie den Etat der Oberrealschule ablehnen. Herr Stadtv. Völsch erklärte, die bürgerliche Fraktion habe sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Stellen bewilligt werden müßten auf Grund der Verordnung des Ministeriums. Wir könnten garnicht anders, da uns sonst die Staatsunterstützung entzogen werde. Es sei richtiger, wir bewilligten die Stellen gleich, als daß wir es erst darauf ankommen ließen und dann doch nachgeben müßten. Herr Bürgermeister Dr. Scheider legte eingehend dar, daß die Errichtung der zwei neuen ständigen Stellen einen Umbau der Schule nicht unmöglich machen würde. Die Vorlage wurde schließlich gegen die bürgerliche Fraktion abgelehnt.

16. Die unabhängige Fraktion hatte zwei Anträge eingebracht, in denen vorgeschlagen wurde, 1. einen Fonds zu bilden, aus dem begabten minderbemittelten Schülern der Reine der Oberrealschule ermöglicht wird und 2. daß die Zahl der zugelassenen auswärtigen Schüler an der Oberrealschule 25 Prozent der Einheimischen nicht übersteigen dürfe. Nachdem in der Aussprache darauf hingewiesen worden war, daß der 1. Antrag nichts neues bringe, daß seinen Forderungen vielmehr schon bisher in weitestem Maße Rechnung getragen worden sei, und nachdem ferner Herr Stadtv. Reyer betont hatte, daß der zweite Antrag alles andere, nur nicht soziale Einsicht erkennen lasse, da er unsere Stadt gegen das Land abschleife und den Kindern auf dem Lande die Möglichkeit nehmen wolle, ihre Bildung zu erweitern, wurden die Anträge dem Oberrealschulenausschuss zur Prüfung überwiesen.

17. Das Kollegium nahm Kenntnis davon, daß das Reichsministerium genehmigt hat, daß 12 Wohnungen zu bauen, die durch den Bezug der 30 neuen Wohnungen in den Häusern der Eisenbahnerangelegenheitschaft frei werden, der Stadt zur Verfügung gestellt werden. Dem vom Räte hierzu gefaßten Beschlusse wurde zugestimmt.

18. Der Rat teilte in einem Schreiben mit, daß er bei den abweichenden Beschlüssen des Stadtverordnetenkollegiums zur Besoldungsordnung Verablung focht.

19. Von der Ortsgruppe Riesa des Sächsischen Gemeindebeamtenbundes lag ein Schreiben vor, worin gegen die Unterzeichnung verschiedener Stellen in der Besoldungs-

nung und gegen die Nichtabhaltung des organischen Aufbaues des Verwaltungskörpers Einspruch erhoben und mitgeteilt wurde, daß Schritte unternommen seien, um einen Schiedspruch herbeizuführen. Sie erklärte ferner, daß die städtischen Beamten von jeder Feindschaft mit dem Reich abgesehen hätten, vom Publikum mit der Amtsbezeichnung angesprochen zu werden.

20. Der Verbesserung der Warmwasserleitung im Krankenhause wurde zugestimmt und die Mittel hierfür in Höhe von 11000 Mk. bewilligt.

21. Mit der Ausscheidung der Wirtschaftsstellen an die Gemeindebeamten auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen vom 17. März d. J. erklärte sich das Kollegium einverstanden.

22. Verschiedenes. Herr Stadt. Schönborn brachte zur Sprache, daß am Montag früh streikende Arbeiter der Rindfleischfabrik vor das Fabrikgebäude gezogen seien, um sich von der Nichtleistung der Nachschicht zu überzeugen, daß Arbeitswillige angekommen seien. Hierbei sei es zu einem Wortwechsel mit einem Angestellten gekommen, der darauf die Polizei gerufen habe, die 6 Mann stark angetreten sei. Die streikenden Arbeiter hätten die Umstellung der Fabrik als eine Drohaktion aufgefaßt. Die Polizei habe keine Berechtigung, sich in wirtschaftliche Kämpfe einzumischen. Der betr. Polizeibeamte, der die Entsendung der Polizei veranlaßt habe, müsse angehalten werden, daß er sich den neuen Gesetzen zu fügen habe. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erklärte, daß er die Sache untersuchen und über das Ergebnis Mitteilung machen werde. Die Streikenden sollen Arbeitswillige gewalttätig am Vordringen des Grundstückes verhindert haben, hiergegen einschreiten, würde die Polizei ein Recht haben. Die Schulpolizei sollen auch nicht provozieren, sondern beruhigend gewirkt haben. Er bitte, nicht von polizeilichen Maßnahmen zu sprechen, bevor nicht der Sachverhalt festgestellt sei. — Herr Stadt. Jöhne fragte, welche moralische und finanzielle Unterstützung die Straßenbahn bisher von der Stadt erhalten habe. Die Beantwortung dieser Anfrage soll im Finanzauschuss erfolgen. — Auf Anfrage des Herrn Stadt. Schneider erklärte Herr Bürgermeister Dr. Scheider, daß die Frage der Uebernahme der Totenbestattung in städtische Regie demnächst in einer Denkschrift behandelt werden würde. Bei der Uebernahme der Turnhallen an die Turnvereine würden Vorbedingungen nicht gemacht. Die Turnhalle am Albertplatz habe für das Ringturnen des Arbeiterturnvereins nicht mehr zur Verfügung gestellt werden können, weil die Schule die Turnhalle benötigt habe. Es solle aber nochmals versucht werden, den Wünschen des Arbeiterturnvereins Rechnung zu tragen.

Schluss der Sitzung 10 Uhr.

— Gestohlen wurde am 21. März 1922, nachm. gegen 1/3 Uhr aus der Hauskur des Volksbades, hier, Schölerstr. 102, ein Perlenohrband (Marke Kaiser, Nr. unbet., schwarze Nadeln, dornf. Felgen mit zwei gelben Streifen, fast neue Gummiüberzüge, etwas verrottete Ventile, dergl. Spelchen) im Wert von 1000 Mark. Sachdienliche Wahrnehmungen wolle man in der hiesigen Polizeiwache melden.

— Entlassungsfeier der Handelschule am 21. März 1922. Die diesjährige feierliche Entlassung der abgehenden Schüler und Schülerinnen fand am Dienstag vormittags 11 Uhr statt. Zu einer schlichten Feier hatten sich die Mitglieder des Vorstandes, die Lehrer und Schülerschaft versammelt. Nach dem einleitenden Choral „Sis hierher hat mich Gott gebracht“ hielt Herr Studiendirektor Dehme die Ansprache. Im Rückblick auf das vergangene Schuljahr führte er aus: Die Handelschule hat sich infolge der günstigen Geschäftslage in Viena und Gröden stetig weiter entwickelt, zum Beweise dient die Zahl der Schüler und Schülerinnen, die im Jahre 1912 123, 1917 157, 1922 194 betrug und von Eltern ab auf 240 steigt. Besonders Schwierigkeiten bietet auch die Berücksichtigung der tief eingreifenden Veränderungen auf wirtschaftlichem Gebiete im Handelsverkehr. Die fortschreitende Selbstwertung fordert eine Erhöhung der Schulgebühren, die durch die erhöhte Entlohnung der Lehrkräfte bedingt ist. Wie in anderen Jahren konnte der Verdichterteller einiger Firmen Dank zollen, die bisher über 2000.— zur Ausstattung von Lehrbüchern für unbemittelte Schüler zur Verfügung stellen, der Schulvorstand vermehrte den vorhandenen Besatz an Schreibmaschinen in großzügiger Weise durch Beschaffung eines Typendruckapparates. Ausgehend von dem bedeutungsvollen Wendepunkt der Beendigung der Schulpflicht und auf die von den Handelsschülern infolge des beständigen Wandels zu erledigenden Aufgaben, gab der Redner den Abgehenden Friedrich Wilhelm Försters „Man kann dem Menschen nichts Besseres und Wertvolleres geben als Aufgaben“ mit auf den Lebensweg. Als höchste Aufgabe schilderte er den Abgehenden die, sich zum Glück zu erheben, was jedem möglich ist, wenn man unter dem Glück die stille Zufriedenheit versteht, die strenge, sich selbst nicht schonende Nachprüfung mit sich bringt. Neben der Sorge für die körperliche und geistige Gesundheit sollen die Abgehenden besonders die freie Zeit zur eigenen Fortbildung ausnützen. Eingehend auf zu übende kaufmännische Tugenden, forderte der Redner den kaufmännischen Nachwuchs auf, sich zu rüsten und bei dem Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft tatkräftige Hilfe zu leisten. Wohl dem Volke, wenn es noch Aufgaben und Arbeit hat; dann hat es Brot und Frieden. Hat sich das Volk wieder zu sich selbst, zu ernster Arbeit zurückgefunden, dann wird auch die Sonne des Glücks aufgehen. Glück auf der trohen Fahrt! Nach einem von Herrn Studienrat Lehmann eingesungenen Abschiedsgesang der Schülerinnen sprachen im Namen der Scheidenden Johannes Müller und Charlotte Dietrich recht gut gefundene Worte des Abschieds, ihnen antwortete für die Zurückbleibenden Kurt Fehde mit herzlichen Worten und Wünschen. Herr Studiendirektor dankte den Abgehenden für die vielen Beweise der Dankbarkeit und Anerkennung, insbesondere der 1a für die Spende eines neuen Globus und der 1b für die Restingulinen für den Mikroskop zur Anfertigung von Verdichtertellern. Aus einer Spende der Kleiner Vant kamen Vuchergaben zur Verteilung an die abgehenden Schüler und Schülerinnen: Johannes Müller, Werner Müsch, Curt Venter, Charlotte Dietrich, Willy Jäger, Georg Wolf, Gerhard Pappermann, außerdem erhielt Johannes Müller den Betrag der „Ernst Wille-Stiftung“. Nach der Vertellung der Zeugnisse verabschiedete Herr Studiendirektor Dehme mit herzlichen Worten des Dankes Herrn Studienassessor Richter, der an die höhere Handelsschule der Union nach Bremen berufen ist. Zu Beginn des Schuljahres trat er in den Lehrkörper ein, und zu Michaelis kam an die Stelle des ausgeschiedenen Dr. Neber Herr Handelslehrer Parber. Im Anschluss wurde als Nachfolger Herr Studienreferendar Dehme mit den besten Wünschen für seine Tätigkeit ins Amt eingelassen. Der gemeinsame Choral „Ich bin Dein Herr“ bildete den würdigen Schluss der eindrucksvollen Feier. — Eine kleine Nachfeier vereinigter Lehrer- und Schülerschaft am Abend im Gasthof Wergendorf, zu der trotz der ungünstigen Witterung die Angehörigen zahlreich erschienen waren. Die Schülerschaft hatte in dankenswerter Weise durch fleißige Einübung der beiden Stücke „Die Gouvernante“ und „Der Nachtwächter“ von Theodor Körner und einiger musikalischer Darbietungen und Weigenaufführungen für Unterhaltung gesorgt.

— Der Ortsauschuss für Ferienwanderungen zu Viena hielt am 20. dts. Wts. seine erste Jahresversammlung als selbständige Vereinigung ab, nachdem er vorher 11 Jahre lang dem früheren „Allgemeinen

Beamtenverein“ angeschlossen gewesen war. Es gehören ihm bereits zahlreiche Damen und Herren aus allen Kreisen unserer Bürgerstadt an, aber es darf erhofft werden, daß ihre Zahl sich im kommenden Jahre noch bedeutend erhöht. Dem Zweckwerk soll u. a. in nächster Zeit die Vorführung von Lichtbildern dienen, die nach den Wünschen, im Laufe der Jahre gesammelten Aufnahmen unserer Kinder bei den Wanderungen hergestellt werden. — Im Jahre 1921 fanden 84 Tageswanderungen statt, an denen sich 727 Knaben und 477 Mädchen, also insgesamt 1204 Kinder, beteiligten. Es waren meist Volksschüler, zu einem ansehnlichen Teil aber auch Schüler aus den unteren Klassen der Oberrealschule. Fast die Hälfte der Teilnehmer hatte durch die Schule Freiheiten erhalten können, da sowohl die städtischen Behörden, als auch einzelne private Wohltäter namhafte Beiträge für diesen ehren Zweck zur Verfügung gestellt hatten. Die Kosten aller Wanderungen beliefen sich auf rund 8800 Mk., also 8 Mk. für ein Kind. Der Hauptteil davon, 2800 Mk., wurde für die Fahrten auf der Bahn und dem Schiffe verbraucht. — Außerdem konnten zum ersten Male wieder seit dem Unglücksjahre 1914 einlase mehrtägige Reisen unternommen werden. In Württemberg und am Ende der Sommerferien waren 21, bzw. 26 Knaben je 4 Tage in der Sächsischen Schweiz, ferner am Anfang der Sommerferien 6 Knaben und 13 Mädchen 8 Tage lang im mittleren Rulbental (von Rochsburg bis Grimma). Für diese Reisen wurden täglich 10 bis 12 Mk. für ein Kind gebraucht, insgesamt 3000 Mk., wovon gerade 1000 Mk. auf die Fahrt, 1500 Mk. auf die Verpflegung und Verbergerung entfielen, während der Rest auf Verköstigungen, Entschädigung der Führer und sonstige Nebenausgaben kommt. Gerade in einer Zeit, in der es nur wenigen Familienältern noch möglich ist, mit ihren Kindern zu reisen und ihnen die Schönheiten ihres Vaterlandes zu zeigen, bedeuten diese arden und kleinen Ferienwanderungen ganz gewiss einen Segen für die Allgemeinheit. Durch den Genuss von Naturerfreuung, billiger Verbergerung u. a. hat der Ortsauschuss immerhin noch die Möglichkeit, unsere Jungen und Mädchen auf einem erziehungswirksamen Wege in die heimliche Natur hinauszuführen und ihnen dabei die Liebe zur Heimat und zum Vaterlande ins Herz zu pflanzen. Und so hofft er, daß seine Bestrebungen in immer weiterem Maße freundlichem Verständnis begegnen und wohlthätige Unterstützung finden und ladet auch hiermit wiederum alle Eltern und Kinderfreunde zum Beitritt ein. Anmeldungen als Förderer (den Jahresbeitrag bestimmt jeder selbst) wolle man an den Obmann, Lehrer Rich. Hofmann, Anabenstraße, richten.

— Agnes del Sarto und Herbert Bühner von den Kdt. Theatern in Leipzig geben ihren letzten Vortragabend am kommenden Sonntag in der „Elbterrasse“. Es dürfte den Besuchern des ersten Abends bewiesen worden sein, daß Agnes del Sarto als Vortragskünstlerin unerreicht in Deutschland dasteht und daß der stürmische Applaus, den sie in allen großen Städten des Reiches erntet, wohl begründet ist. Auch Herr Bühner hat sich die Herzen im Sturm erobert. Pelanders sei noch auf die Vortragsabende des Herrn Cerini hinzuweisen. (Siehe Inserat.)

— Mitglieder des früheren Königsbauers Heim Papst, Prinz Georg von Sachsen, Prinz Friedrich Christian von Sachsen sowie Prinz und Prinzessin Johann Georg von Sachsen wurden, wie aus Rom gemeldet wird, gestern vom Papst in Audienz empfangen.

— Der Arbeitermangel in der Landwirtschaft. Wie der Reichsverband der deutschen Land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebervereinigungen mittels der Antrag gestellt, die mit dem 31. März ds. J. außer Kraft tretende Verordnung zur Behebung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft vom 16. März 1919 durch eine neue Verordnung zu ersetzen, die dem Standpunkt der von der Abwanderung der Landarbeiter in die Industrie betroffenen landwirtschaftlichen Erzeugnisse besser gerecht wird, als die alte außer Kraft tretende. — Die Verordnung soll allen Arbeitgebern außerhalb der Land- und forstwirtschaft die Einstellung aller bisherigen in der Landwirtschaft nicht bloß ausschließliche, im übrigen aber allemöglichst wie lange beschäftigt gewesenen Arbeitskräfte untersagen, solange diese für die landwirtschaftlichen Arbeiten tauglich sind. Sie soll ferner Bestimmungen enthalten, wonach jugendliche Arbeiter bei vorausgegangener Verwendung in der Land- und forstwirtschaft der Genehmigung der unteren Verwaltungsbehörden bedürfen, wenn sie ein Handwerk oder Gewerbe zu erlernen beabsichtigen. Auch sollen die Arbeitsnachweise der Landwirtschaft in erster Linie solche Personen vermitteln, die bereits früher in der Land- und forstwirtschaft tätig waren, solange noch offene Stellen in der Landwirtschaft an angemessenen Lohn oder Arbeitsbedingungen, gegebenenfalls an den Bedingungen etwa bestehender Tarifverträge vorhanden sind. Anlaß zur Forderung dieser Verordnung gab dem Reichsverband der nach wie vor bestehende Arbeitermangel in der Landwirtschaft. Der Landflucht, die sich besonders in den Zeiten industrieller Hochkonjunktur bemerkbar macht, kann die Landwirtschaft, solange sie in der Preisgestaltung ihrer Produkte gebremst wird, und demzufolge mit den hohen Industriehöhnen nicht Schritt halten kann, nicht entgegenwirken. Da auch die Regierung die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte mit Rücksicht auf die einheimischen Arbeitslosen nach Möglichkeit einschränken sucht, ist die Landwirtschaft nicht in der Lage, die durch die Landflucht entstehenden Lücken auszufüllen. Die Erwägung, wie die Landwirtschaft ihre große Zukunftsaufgabe, die sich in dem einen Wort „Hilfswerk“ zusammenfassen läßt, erfüllen soll, wenn sie ihrerseits durch eine Art von Zwangsverpflichtung auf dem Arbeitsmarkt gesichert bleibt, andererseits aber widerstandslos mit zulassen soll, wie die Industrie in Zeiten fruchtbarer Hochkonjunktur ihre Arbeitskräfte aufsaugt, gab dem Reichsverband trotz des vor einigen Monaten erfolgten Antrages des Deutschen Landarbeitersverbandes auf vorzeitige Aufhebung der alten Verordnung den entscheidenden Anlaß, diese neue Verordnung zu fordern.

— Keine neuen Frachtbriefe zum 1. April. Die Geschäftsstelle des Hansa-Bundes in Leipzig schreibt: Es ist in Geschäftsstellen vielfach Beunruhigung entstanden über die Verfügung, daß mit Einführung des neuen Gütertarifs auch neue vierseitige Frachtbriefe zur Verwendung kommen sollten, für die aber Vordrucke nirgends zu erhalten sind, während die derzeitigen Formulare außer Benutzung gesetzt würden. Hierzu ist mitzuteilen, daß die Einführung neuer Formulare mit der geplanten Änderung in der Postpflicht der Eisenbahn im Zusammenhang steht. Da letztere erst vom Reichstag beraten und beschlossen werden muß, ist die Geltungsdauer der bisherigen Frachtbriefe durch neue Verfügung bis zum Juni verlängert worden.

— Der Rechtsausschuss des Landtages behandelte in erster Beratung das Schulbedarfsgesetz. Eine längere Aussprache ergab sich über den Verteilungsmassstab der Kosten zwischen Staat und Gemeinden. Die Mehrheit des Ausschusses war für die Streichung des betreffenden Paragraphen, weil er nicht ins Gesetz gehöre. Von der Deutschen Volkspartei wurde eine andere Fassung vorgeschlagen und zwar dahin, daß über den durch das Gesetz notwendig werdenden Kostenausgleich zwischen Staat und Gemeinden im Vollzugsgesetz zum Landessteuergesetz besondere Bestimmungen getroffen werden sollen. Meinungsverschiedenheiten herrschten auch bezüglich des § 27, der die Pflichtkinderzahl regelt; jedoch neigte der Ausschuss dahin, allgemein die Pflichtkinderzahl gegenüber den bisherigen Stunden herabzusetzen. Die Mehrheit scheint jedoch nicht geneigt zu sein, die von den Volksschülern

bestandlich der Pflichtkinderzahl geforderte Gleichstellung mit den Berufsschülern zu bewilligen. Dresden. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde beschlossen, eine neue 8-Millionen-Mark-Anleihe aufzunehmen. U. a. sollen 2 Millionen für Wohnbaumaßnahmen, 650 000 Mk. für Notkranbauten — wovon 300 000 Mk. für die Muldenregulierung entfallen —, 50 000 Mk. für den Gerners- und Grundstücksbereich bestritten werden. Eine Sonderanleihe ist für den Brückenbau und das Stadtrankenhaus geplant.

Dresden. Der deutschnationale Landtagsabgeordnete Stadtrat Adolph Sander in Leipzig ist, wie die Ritzler melden, im Alter von 58 Jahren gestorben. Als Nachfolger für ihn kommt Franzosen Focke in Leipzig in Betracht. — Gestern abend fand im Hotel Bristol ein politischer Abend der demokratischen Partei statt, auf dem der Reichstagsabgeordnete Fischer aus Berlin über einen Kompromiß und Zwangsanleihe sprach.

Dresden. Der Allgemeine Hausbesitzerverein zu Dresden schreibt: Der Streit der Ritzberger Hausbesitzer hat am 8. März mit dem Erlöse der Streikenden sein Ende erreicht. Durch Vermittlung des bayerischen Ministers für Soziale Fürsorge kam eine Vereinbarung zustande, nach der den Hausbesitzern die Abrechnungspflicht für Reparaturen bis zur Inkraftsetzung des Reichsmitgliedses für Bayern erlassen wird. Die Bedeutung des Streiks ist darin zu sehen, daß er das erste selbständige Vorgehen des Bürgertums mit diesem äußersten Kampfmittel darstellt. Bürgerstreiks hat es bisher nur in der Abwehr der Stilllegung lebenswichtiger Betriebe gegeben.

Sobland a. S. Ein Unfalltod mit tödlichem Ausgang ereignete sich am Sonntag nachmittags 5 Uhr bei der Kreuzung der Straße nach Mittel-Sobland. Die Tochter des Wirtschaftsbefizers Hermann Weise aus Mittel-Sobland lief, da sie schlecht hörte, in ein von Sobau kommendes Automobil. Sie wurde ein Stück mit fortgeschleppt und war auf der Stelle tot. Den Wagenführer soll keine Schuld treffen. Die Verunglückte kam kurz vor ihrer Verheiratung. U. a. v. U. Am Sonntag abend fand der 15 Jahre alte Arbeiterburke Kurt W. bei seinen Eltern im Hause Beyerstraße 1 wohnt, einen rätselhaften Tod. Der junge Mensch war im Wuppentheater „Drei Lilien“ (früher „Hinterhof“) mit anderen unbekannten Burken in einem Wortwechsel geraten, der nach Beendigung der Vorstellung sich auf der Städtiger Straße fortsetzte. Die Burken haben sich dabei wiederholt gestochen, wobei W. auch einmal zu Fall kam. Als er sich wieder erheben wollte und nach einem seiner Widersacher stößte, fiel er plötzlich auf den Fußsteig und blieb bewegungslos liegen. Darauf ergriffen die übrigen Burken die Flucht. Ein herbeigerufener Arzt konnte leider nur noch den Tod des W. feststellen. An der Leiche waren äußere Verletzungen nicht zu bemerken, so daß die Annahme, daß W. im Erregungszustand von einem Schlaganfall betroffen worden ist, berechtigt erscheint.

Flauen. Die Vogt. Maschinenfabrik ist in letzter Zeit um sechs elektrische Motoren sowie große Mengen Handwerkszeug zur Herstellung elektrischer Anlagen bestückt worden. Der Wert der entnommenen Gegenstände beträgt viele Tausende. Der Haupttäter, der Richter der Jagdämter, namens Grove, hatte sich in seiner Werkstatt eine großzügige elektrische Anlage hergerichtet. Außerdem hat er, da er den Strom vor demähler entnommen hatte, die Stadt um viele Tausende geschädigt.

Leipzig. Wie die „N. N.“ aus informierter Quelle erfahren, hat der Sekretär des französischen Konsulats, Dubillon, auf den in der vergangenen Woche ein Ueberfall in Leipzig erfolgte, der zu einer Note der französischen Regierung an das deutsche Auswärtige Amt Veranlassung gab, Leipzig verlassen. Soweit bisher bekannt geworden ist, wird er sich in Zukunft in Polen zu betätigen haben. Das Blatt bringt diese Veränderung in Zusammenhang mit einer Verleumdungsklage, welche die durch Dubillons Benehmen kompromittierte Dame gegen einen an dem Ueberfall beteiligten Berliner Kaufmann einreichte. In dieser Verhandlung müßte Dubillon als Zeuge eine Schilderung der Vorfälle geben, wodurch nachgewiesen werden würde, daß der Vandalenstreik Frankreich an das deutsche Auswärtige Amt jede Rechtsgrundlage fehlt.

Leipzig. In der Angelegenheit der russischen Rauchwarenversteigerung, die auf Einbruch der russischen Handelskompanie in Kopenhagen durch die einseitige Verleumdung des Landgerichts verboten worden ist, finden Donnerstag vor dem Landgericht Verhandlungen statt. Zur Versteigerung sind mehrere 100 in- und ausländische Interessenten in Leipzig anwesend, bei denen die einseitige Verfügung große Erregung verursacht hat.

Gemeindeordnung.

Die Veröffentlichung der Staatskasseler über den Entwurf einer neuen Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen, aus der wir in der Montagausgabe einen Auszug des Vollstehenden Büros wiedergaben, bringt des weiteren noch folgende Angaben: Das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden ist bis an die Grenze ausgedehnt worden, die den Zusammenhang der Gemeinden mit dem Staat gewährleistet. Die Aufgaben der Gemeinden sind nicht einzeln aufgeführt, sondern es ist nur eine allgemeine Regel aufgestellt. Die Selbstverwaltung der Gemeinde findet ihre Grenze lediglich in dem Bedürfnis der Gemeinde und in den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln und Kräften. In den eigenen Aufgaben der Gemeinden ist auch die Verwaltungsdienstleistungen (Arbeitspflege, Wohlfahrtspflege, Gesundheitspflege, Veterinärwesen, Verwaltung der öffentlichen Wege, der Märkte, des Gewerbes, des Wohnungs- und Bauwesens, des Feuerwesens und die Fürsorge für die Stillkinder) getreten. Soweit diese Aufgaben über den Bereich der Gemeinden hinausgehen, bleiben sie staatliche Aufgaben, ebenso die Sicherheits- und Verkehrspolizei, die bisher Staatsaufgabe und den Gemeinden übertragen worden war.

Die Sätze über die Gemeindevermögen lauten: In der Verwaltung ihres Vermögens sind die Gemeinden frei. Es sind nur Regeln für die sorgsame Verwaltung der Gemeindefürsorge sowie für die Erhaltung des Gemeindevermögens und Vermeidung unangemessener Schulden aufgestellt worden. Dann heißt es weiter: Soweit ein Aufklärungsrecht des Staates besteht, ist vorgelesen, daß in allen Rechtsfragen der Verwaltungsdienst geregelt wird, während für alle Zweckmäßigkeitsfragen der Selbstverwaltung an das Ministerium offen bleibt. Eine dem Ministerium übergeordnete Spruchbehörde ist ausgeschrieben. Soweit eine Genehmigung zu erteilen ist, wird sie durch Selbstverwaltungsorgane, die aus allgemeinen Wahlen hervorgehen, Bezirks- und Kreisräte erteilt.

Das Wahlrecht ist in seinen grundsätzlichen Bestimmungen in die Gemeindeordnung aufgenommen worden. Die technische Durchführung der Wahl regelt eine Landgemeinde-Wahlordnung. Die Ausübung des Wahlrechts ist an eine längere Wohndauer in der Gemeinde nicht gebunden. Eine Teilermennung der Gemeindevorstellung ist ausgeschlossen. Die Wahlen sollen gleichzeitig im ganzen Lande aller drei Jahre stattfinden. Soweit Gemeindefürsorge aufgeführt werden können, sollen die neu gewählten Gemeindefürsorge nur bis zur allgemeinen Wahl Geltung haben.

Die Gemeindeverfassung teilt sich in eine beschließende Körperschaft (Gemeindevorstand) und eine vorbereitende und ausführende Behörde (Gemeindegast). Die Gemeindeverordneten

müssen ihren Vorständen und Stellvertreter, wie sie sollen über alle Ortsangelegenheiten, auch über die wichtigen Angelegenheiten der Verwaltung des Gemeindevermögens und des Gemeindehaushalts. Der Gemeindevorstand hat kein den Gemeindevorordneten gleichberechtigtes Stimmrecht. Er führt nur im Auftrag der Gemeindevorordneten die Verwaltung und bereitet deren Beschlüsse vor. Den Gemeindevorstand führt es überlassen, nach der Größe der Gemeindeaufgaben eine (Bürgermeister) oder mehrere Personen mit der Gemeindeverwaltung zu betrauen. Die Wahl der Gemeindevorwaltung erfolgt durch die Gemeindevorordneten. Soweit sich die Verwaltung aus mehreren Personen zusammensetzt und die Einzelangelegenheiten der Verwaltung nicht auf bestimmte Personen verteilt sind, bedarf es des Mehrheitsbeschlusses. Das Verlangen, eine Gemeindevorordnete gleichzeitige beschließende Körperschaft (Ratsversammlung) den Gemeindevorstand zu übertragen, konnte in dem Gesetz nicht beachtet werden.

Die Bevölkerung der Gemeinden soll zur Mitarbeit im weitesten Umfange herangezogen werden. Es soll dies erreicht werden durch Einsetzung von Ausschüssen, gemeinsamen Ausschüssen und Ausschüssen für bestimmte Ortsstellen. Der Bürgermeister vertritt die Gemeinde gegenüber den Gemeindevorordneten und nach außen. Er wird, wie die anderen Verwaltungsmittelglieder, auf Zeit gewählt (5 Jahre). Das Bestätigungsrecht ist aufgehoben. Es ist aber die Möglichkeit der Nachprüfung durch den Bezirks- oder Kreisrat erhalten. Die Bürgermeister haben sich nach Inkrafttreten der Gemeindeordnung zur Wahl zu stellen. Werden sie nicht wiedergewählt, sind sie abzufinden, damit ihre wohnortbezogenen Rechte, soweit sie vermögensrechtlicher Art sind, gewahrt werden.

Das Beamtenverhältnis in der Gemeinde ist neu geordnet. Neu ist auch ein Gerichtsverfahren für Dienststrafen.

Über die Umstellung der unteren Verwaltungsbehörden, über die Zweckverbände und Bezirksverbände wird aus dem Entwurf u. a. noch folgendes mitgeteilt:

Wichtig neu in dem Gesetz ist die Umstellung der unteren Verwaltungsbehörden. Den reichs- und kreis- und den eigenen Bedürfnissen der Gemeinde und ihrer Einwohner entspricht es, daß die untere und obere Verwaltungsbehörde (Kreis- und Hauptmannschaft) erhalten bleibt. Die Amtshauptmannschaften als untere Verwaltungsbehörden haben sich als zu groß erwiesen. Sie sollen abgebaut und umgestaltet werden. Hier soll der Selbstverwaltung der Gemeinde freier Spielraum gegeben werden, und deshalb soll diese Umstellung von der Gemeinde aus erfolgen. Den Gemeinden soll das Recht gegeben werden, sich zu Gesamteinden zu verbinden. Die Gesamtgemeinde soll gleiches wirtschaftliches Gebiet umfassen, für das auch die geeigneten Verkehrswege vorhanden sind; sie hat dieselbe Verfassung wie die Einzelgemeinden. Die Gesamtgemeinden unterscheiden sich von der Eingemeindung dadurch, daß der Einzelgemeinde in der Gesamtgemeinde noch ein Eigenleben gewährleistet ist. In die Leistungsfähigkeit für eine Gesamtgemeinde gegeben, dann werden ihr auch die Geschäfte der unteren Verwaltungsbehörde übertragen. Die Folge wird ein allmählicher Abbau der Amtshauptmannschaften sein.

Sämtliche Gemeinden, der Staat und öffentlich-rechtliche Körperschaften können sich zu Zweckverbänden vereinigen. Durch einen Zweckverband können auch die bisherigen Einrichtungen der Bezirksverbände auf die Gesamtgemeinden des Bezirks übertragen werden. Alle Einwohner des Landes sollen an dem Gemeinwesen teilnehmen. Es müssen deshalb auch die Einwohner verstreut liegender Gebiete und die der selbständigen Gutsbezirke den Gemeinden angegliedert werden. Die Aufhebung der Gutsbezirke, die bereits 1918 angeordnet war, muß rechts durchgesetzt werden. Soweit Staatsforsten oder Anstalten des Staates oder öffentlicher Körperschaften bestehen, soll ausnahmsweise von Eingemeindung abgesehen werden.

Der Abbau der Amtshauptmannschaften bedingt, daß die Aufgaben der Bezirksverbände in die Überwachungsbestimmungen aufgenommen worden sind. Mit der Abschaffung des halbjährigen Abbaus der Amtshauptmannschaften und damit der Bezirksverbände zu rechnen, so sind dennoch eine Reihe von Bestimmungen in das Gesetz aufgenommen worden, die den Aufgabenkreis der Bezirksverbände erweitern. Nach dem nach der neuen Gemeindeordnung vorzunehmenden Neuwahl der Gemeinden sind auch die Bezirksräte und die Bezirksausschüsse neu zu wählen. Damit schließt auch die Streitfrage aus, ob eine Neurerneuerung der Bezirksausschüsse erfolgen soll.

Öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses.

Am Freitag, den 17. März 1922, vormittags 9 Uhr fand im Sitzungssaal der Amtshauptmannschaft Großenhain unter Leitung des Herrn Regierungsrates Dr. Wersdorff Sitzung des Bezirksausschusses statt. Es wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

Kenntnis genommen wurde von Mitteilungen des Herrn Vorsitzenden, sowie von der Erhöhung der Verpflegung des Bezirksfischweihäuses "König Friedrich August-Silkt".

Einverstanden war der Bezirksausschuss mit den neuen Vorarbeiten der Gemeinden bezüglich der Wahlen der landwirtschaftlichen Beisitzer für die Meiereiangelegenheiten Großenhain und Gröba und der Beisitzer für die Meiereiangelegenheiten Naderburg und Gröba, ferner war man u. a. einverstanden mit der Verteilung von 4105 M. Reichsausschüssen zur Verbilligung der Hausbrandkohlenbeschaffung für die minderbemittelte Bevölkerung, mit Ermächtigung der Amtshauptmannschaft zur Genehmigung von Nachträgen zu Verbandssatzungen der Gebäumenbestrie auf Grund des Gesetzes vom 6. 10. 1921 - (G. S. 317 -), mit der Unterbringung von 30 Kindern aus Reichsmitteln im Solbad Frauenhausen im Jahre 1922, mit den ankommenden Vorarbeiten der Referenten bezüglich der Vereinigung des Vorwerks Wödra mit der Gemeinde Wödra, mit dem 17. Nachtrag zur Gemeinde-Steuerordnung für Mücheln.

Gewünscht wurde die Erhöhung des Mietzinses für das vom Bezirksverband gemietete Grundstück Herrmannstraße 22, das Gehalt des Bäckers Georg Herbert Lorenz in Roschwitz um Erlaubnis zum Ausschank von Kaffee und alkoholfreien Getränken im Grundstück Ortsstr. Nr. 89B für Roschwitz - Übertragung -, das Gehalt des Paul Lenz in Berlin um Erlaubnis zum Ausschank im Grundstück Ortsstr. Nr. 28B für Wödra - Übertragung -, falls die Erörterungen keine Bedenken ergeben, die Gebührensatzung für die Leichenfrauenbezirke Mücheln und Wödra, ferner, der Nachtrag zum Ortsstatut der Gemeinde Wödra, 1. Geschäftsordnung der Gemeindevorstände, 2. Geschäftsordnung, die Nachträge zu den Gemeinde-Steuerordnungen der Gemeinden Gröba, Naderburg und Wödra, Schaiten und Frauenhain, Zuschlag zur Grundsteuer betr., die Nachträge zu den Gemeinde-Steuerordnungen der Gemeinden Gröba, Naderburg und Wödra, Schaiten und Frauenhain, Zuschlag zur Grundsteuer betr. Im übrigen wurde die Amtshauptmannschaft ermächtigt, derartige Nachträge, wenn sie dem Musterentwurf angepaßt sind, ohne Gehör des Bezirksausschusses zu genehmigen.

Gewünscht wurden 800 M. als Unterstützung für die Gemeindefrauentelephonanlage aus Reichsmitteln und 300 M. einmalige Beihilfe an die Sonnenlichtbeleuchtung im Bad Wödra für Kinder mit chirurgischer Tuberculose. Eine allgemeine Füllmaschine soll in dem Wödras-

Wödra die Nacht vorgenommen werden. Wanderräumen von der Bezirksausschuss mit der Reparatur eines Saunehauses im Bezirksfischweihäuser und Verrechnung einer Dachkammer im Beamtenshaus. Die Verordnung des Ministeriums des Innern vom 20. 12. 1921, 1. Nachtrag zur Ergänzung des Verbandes der im Gemeindebereich befindlichen Elektrizitätswerke Sachsens betr., wurde beschloffen, zukünftigen Bericht an das Ministerium des Innern zu erstatten. Wegen Ordnung eines Kassenprüfungsverbandes für die sachlichen Bezirksverbände soll zukünftig geantwortet werden. Die Amtshauptmannschaft soll ermächtigt werden, Anträge, die den Richtlinien für die Entschädigung der Standsbeamten entsprechen, zu genehmigen. Der 5. Nachtrag zur Gemeinde-Steuerordnung der Gemeinde Wödra, Zuschlag zur Grundsteuer betr., und der 6. Nachtrag zur Gemeinde-Steuerordnung der Gemeinde Wödra, Zuschlag zur Grundsteuer betr., sollen nochmals an die Gemeinde zurückgegeben werden.

Bedingungsweise Genehmigung fand die Verlegung der Kleinbäckerei der Aktiengesellschaft Bauschammer in Gröba, Erweiterungsbauten der gemischten Abteilung "Edmore" und des Dekationsgebäudes "Blau" der Firma Deime & Co., Gröba, das Gehalt der Gemeinde Wödra um Übertragung des Vorlaufsrechts bei dem Verkauf des Grundstücks Nr. 75 des Grundbuchs für Wödra und der Landverkauf Wödrsdorf. Zur Verordnung des Min. des Innern vom 10. 1. 1922 über die Veränderung der Landes-standsordnung soll im allgemeinen ablehnender Bericht an die Amtshauptmannschaft erstattet werden.

Abgelehnt wurde eine Beihilfe zur Beschaffung einer Motorpflüge durch die Stadt Großenhain, der Stadt soll aber anbeimgelassen werden, mit den interessierten Gemeinden in Verbindung zu treten und ev. einen Gemeindeverband zu bilden. Abgelehnt wurde ferner der Antrag des Saal-Inspektors-Verbandes Großenhain auf Richterhöhung der Bezirks-Taxen.

Von der Tagesordnung abgesetzt wurde ein Punkt und in nichtöffentlicher Sitzung über 24 Punkte Beschluß gefaßt.

Die osteuropäische Hygienekonferenz.

Ueber die Ausdehnung der Epidemien im Osten macht ein Arzt im "Berl. Tagebl." an Hand einer Denkschrift des Völkerbundes folgende Angaben:

In Warschau ist die Konferenz zur Bekämpfung der Epidemien in Osteuropa zusammengetreten; an ihr nehmen auch deutsche Mediziner teil. Die Bedeutung der Zusammenkunft liegt darin, daß Seuchenbekämpfung überhaupt nur international geregelt werden kann; denn bei dem modernen Verkehr ist kein Land vor der Einschleppung sicher, zumal wenn aus Südländern, wie, jetzt in Rußland, mit der Wanderung großer Bevölkerungsmassen zu rechnen ist. Ueber diese grundsätzlichen Fragen wird sich also die Konferenz zu einigen haben, und sie wird zur Grundlage der Verhandlungen die Veröffentlichung der Hygienesektion des Völkerbundes nehmen müssen.

Aus dem vorliegenden ersten Bericht (Genf) erhellt man nun, soweit überhaupt bei den gegenwärtigen Verhältnissen in Rußland Feststellungen möglich waren, wie sich Verlauf und Ausdehnung einiger der wichtigsten Seuchen im Osten Europas 1920-1921, vor allem in Rußland und Polen, gestaltet haben. Besonders herkömmlich sind Typhus, Recurrenzier, Dysenterie, Cholera und Stomat. Die Denkschrift enthält im wesentlichen Statistiken, erläutert durch Tabellen und Karten; auch hat man, so gut es ging, versucht, durch Spezialfeststellungen bei der roten Armee, beim Eisenbahnpersonal und der Zivilbevölkerung genaue Einblicke in die Verbreitungswege der Seuchen zu erhalten; ebenso sind Einzelprüfungen für die Provinzen und Moskau vorgenommen.

Überdies haben in Rußland schon früher Volkszählung und Meldung von Seuchen versagt, und dieser jetzt erst recht in Erscheinung tretende Mangel muß bei der Beurteilung der Denkschrift des Völkerbundes berücksichtigt werden. Deshalb weist auch der Direktor im preussischen Volkswohlfahrtsministerium, Professor Gottstein, in einer kritischen Würdigung der Feststellungen der Hygienesektion des Völkerbundes (in der von ihm mitberausgegebenen "Klinischen Wochenschrift") auf die Ungenauigkeit der Angaben hin. Man wird also mit dem Vorbehalt, daß die Zahlen erheblich zu niedrig sind, folgendes als ungefähre Richtschnur ansehen können.

Auf 10000 Einwohner Rußlands fielen (Beispielweise)

	Kochendysenterie	Typhus
1917	4,3	10,1
1920	8,7	34,3

Man erhält aus diesen wenigen Zahlen schon ein Bild, und man muß weiter berücksichtigen, daß im Gegensatz zu sonstigen Epidemien bei der gegenwärtigen Hungersnot die Sterblichkeit bedeutend höher ist. So sank die Einwohnerzahl

	Wetereburg	Moskau
1918	2310000	1817000
1920	708000	1028000

Entsprechend liegen die Verhältnisse in den anderen Städten. Diese Verminderung der Bevölkerung ist nun nicht ausschließlich auf Todesfälle zurückzuführen, sondern auch auf Ortswechsel, und darin liegt die außerordentliche Gefahr des gegenwärtigen Zustandes. Denn so werden von den eigentlichen Seuchenzentren über das ganze Reich immer neue Ansteckungsherde verbreitet, auch in Gegenden, die noch verhältnismäßig unglücklich daran sind. In ihnen strebt natürlich die gefährdete Bevölkerung. Auch sind an dieser Ausbreitung von Krankheiten nicht nur die akuten ansteckenden beteiligt, sondern auch andere, wie zum Beispiel die Tuberkulose.

Würde diesen Zuständen gegenüber schon die einfache Menschenkenntnis jegliche Hilfsmaßnahme rechtfertigen, so ist noch zu bedenken, daß die Verbreitung auch der westlichen Länder in greifbare Nähe rückt. So kamen von März bis Oktober 1921 aus Rußland 807000 Personen nach Polen. Von nahezu 800000 Rückwanderern im November 1921 starben 2,5 Prozent. Die bloße Verdächtigung der tatsächlich Erkrankten gibt aber noch kein erschöpfendes Bild; denn es muß auch bei scheinbar Gesunden, die aus infizierter Umgebung kommen, damit gerechnet werden, daß sie sogenannte Bazillenträger sind, d. h. daß sie Krankheitskeime, die an oder in ihrem Körper haften, verbreiten beim Ausschreiben. So können sie, ohne es selbst zu wissen, oder ohne als Überträger sofort erkannt zu werden, neue Krankheitsherde darstellen.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 22. März 1922.

Der neue Reichs Ernährungsminister.

*) Hamburg. Laut "Flensburger Tageblatt" ist der frühere Landrat des Kreises Schleswig, Dr. Hoppeborn, s. St. stellvertreter Staatskommissar für Volksernährung, als Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft in Aussicht genommen.

Die neue ärztliche Gebührenordnung in Preußen.

*) Berlin. Mit dem 1. April tritt für Preußen die neue ärztliche Gebührenordnung in Kraft, die vom Minister für Volkswohlfahrt erlassen worden ist. Die neue Taxe läßt zwischen Mindest- und Höchstpreisen die der Patient zu zahlen hat, einen außerordentlich weiten Spielraum. So werden zum Beispiel berechnung für Beratungen in der Sprechstunde 10-200 M., für Besuche im Hause des Kranken 20-400 M., bei Nacht 40-600 M.

Deute beginnen unter dem Vorhug des Reichsarbeitsministers umhüben dem Epizooorganisationen des Verges-

macht und den krankenfassen Verhandlungen über die Honorarfrage. Es soll versucht werden, zu einer Einigung zu kommen, um in letzter Stunde den drohenden Konflikt zwischen Krankenfassen und Verges zu vermeiden.

*) Eine Entschädigung des Verbandes der preussischen Polizeibeamten. *) Berlin. Eine vom Verband der Polizeibeamten Preußens einberufene Verammlung nahm gestern eine Entscheidung an, in der es heißt: Die Polizeibeamten Groß-Berlins erheben schriftlichen Protest gegen die erneute Einmischung der Entente in die innere Organisation der preussischen Polizei und fordern, daß die preussische Regierung nichts unternimmt, das Polizeiwesen in eine einseitig geleitete Volkspolizei umzugestalten.

*) Besuch Poincarés im besetzten Gebiet. *) Mainz. Wie aus Kreisen des französischen Oberkommandos berichtet wird, hebt nunmehr fest, daß Poincaré Anfangs April in Besetzung des Armees-Inspektors, Marschall Betin, und des Kriegeministers Maginot die im Rheinland lebenden französischen Besatzungstruppen und dabei auch eine größere Anzahl rheinischer Städte besuchen wird. Ein längerer Aufenthalt ist in Mainz, Wiesbaden, Speyer, Worms und Düsseldorf vorgesehen.

*) Kriegserklärung eines deutschen Kommunisten.

*) Rom. In Rom ist am Montag unter Anwesenheit von 150 Delegierten der zweite Kongress der kommunistischen Partei Italiens eröffnet worden. Der Vertreter der deutschen Kommunisten gab einen eingehenden Überblick über die wirtschaftliche und politische Lage der Proletarier in Deutschland, die, wie der Redner betonte, von der Reparationsfrage, d. h. vom Verlaufe des Reparationsvertrages abhängt. Die in Cannes beschlossenen Finanzmaßnahmen wirken ausschließlich auf die Arbeiterklasse. Es sei wahrscheinlich, daß in Deutschland bald eine neue Periode eines heftigen Kampfes zwischen dem Proletariat und der von Sitones geführten Bourgeoisie entzünden werde. Der Großindustrielle Stinnes sei heute beinahe uneingeschränkter Herrscher der Industrie und genieße die Unterstützung der Regierung. Der Vertreter der französischen Kommunisten gab ebenfalls einen Bericht über die Lage.

*) Die Lage in Irland.

*) London. In Erwiderung auf eine Anfrage sagte Churchill, die allgemeine Lage an der Westfront sei zweifellos sehr gespannt. Inzwischen seien noch Informationen des britischen Oberbefehlshabers in Irland die Zeitungsberichte stark übertrieben.

Zur Entscheidung der Reparationskommission.

*) Paris. Die Reparationskommission veröffentlicht folgende Mitteilung: Die Reparationskommission hielt gestern abend 9 Uhr eine offizielle Sitzung ab, um die Entscheidung bezüglich der Antwort auf die Mitteilung vom 28. Januar zu treffen, in der die deutsche Regierung bittet, die Zahlungen in Sachlieferungen für 1922, die gemäß dem Abkommen vom 5. Mai 1921 zu leisten sind, abzumildern. Die Reparationskommission entschied dahin, daß sie auf das Reparationskonto von Deutschland zu leistenden Sachlieferungen auf 720 Millionen Goldmark, die Sachlieferungen auf 1450 Millionen Goldmark festgelegt werden. Außerdem hat die Kommission ein Einverständnis über die Bedingungen und Garantien getroffen, die Deutschland für den teilweisen Zahlungsausschub, der ihm gewährt worden ist, aufzuerlegen sind. Die festgelegten Texte sind sofort den verhandelnden alliierten Regierungen, sowie den deutschen Regierungen übersandt worden. Sie werden veröffentlicht werden, sobald diese Regierungen sie in Händen haben.

*) Paris. Die Entscheidung der Reparationskommission neht dahin, daß Deutschland 1922 720 Millionen Goldmark in bar und für 1450 Millionen Goldmark in Sachlieferungen zu leisten hat. Bis jetzt leistete Deutschland 281 948 920,44 Goldmark, infolgedessen sind noch 438 051 079,56 Goldmark zu bezahlen und zwar wie folgt: 18 051 079,56 am 15. April, je 50 Millionen am 15. Mai, am 15. Juni, am 15. Juli, am 15. August, am 15. September, am 15. Oktober, und je 60 Millionen am 15. November und am 15. Dezember. Von Sachlieferungen gehen 950 Millionen Goldmark an Frankreich, der Rest an die übrigen Alliierten. Als Sachlieferungen werden die Ertragsnisse der britischen Recovery Act und alle durch ähnliche Dispositionen eingegangenen Beträge anderer Alliiertter Regierungen auf Grund der Entscheidung vom 3. März 1921 angesehen. Sollte eine Obstruktion der deutschen Regierung oder ihrer Organe in den Sachlieferungen festgestelt werden, dann wäre der dadurch verursachte Schiebetrag Ende 1922 in bar zu entrichten.

*) Einseitlich die Finanzreform erklärte die Reparationskommission in einem an den Reichsanwalt gerichteten Schreiben, daß das Steuerkompromiß weder den Verpflichtungen Deutschlands noch seinen Zahlungsmöglichkeiten entspreche. Die Reparationskommission stellt deshalb in klarer Weise fest, daß sie durch eine tiefgehende Finanzreform ein Ausgehen der bisher begangenen Irrtümer erwartet. Das Budget der aus dem Friedensvertrag enthaltenden Lasten lasse ein Defizit von 171 Milliarden Papiermark bedeuten, das mit dem Defizit aus dem außerordentlichen Budget und aus dem Budget der öffentlichen Vertriebsanstalten ein Gesamtdesizit von 183,7 Milliarden ergebe. Das Defizit von 171 Milliarden sei, das müsse anerkannt werden, hinsichtlich der Reparationsschuld auf den bis jetzt gültigen Zahlungsplan ausbezahlt. Der provisorische Ausschub, der heute von der Reparationskommission für die Zahlungen des Jahres 1922 gewährt würde, werde dieses Budget um ungefähr 45 Milliarden vermindern. Aber die Budgetberechnung sei auf dem Rufe von 45 Papiermark aufgebaut, während der Tageskurs 70 Papiermark sei. Das Nettodefizit von 128 Milliarden werde also weit überschritten werden, es sei denn, daß eine wesentliche Verbesserung des Wertes der Papiermark eintrete. Es sei erklärt worden, daß das Reich sich ansehe, eine innere Zwangsanleihe anzulegen. Aber der Reparationskommission sei kein Plan vorgelegt worden, der beständige Garantien dafür biete, daß den Verpflichtungen Genüge geleistet werden könne. Deshalb sei die Reparationskommission der Ansicht, daß die Lasten aus dem Friedensvertrag progressiv und schnell in das Budget aufgenommen werden müßten, und zwar in dem vollen Maße, in dem die Einkünfte Deutschlands es gestatteten, und daß das Kapital Deutschlands die übrigen Lasten aufbringen müßte, entweder auf dem Wege der Anleihen oder der direkten Besteuerung. Die Reparationskommission sei der Ansicht, daß schon das Budget für 1922 einen bedeutenden Teil der herabgesetzten Zahlungen decken und der andere Teil durch eine Kapitalsteuer aufgebracht werden müsse. Um die Aufgabe der deutschen Regierung zu erleichtern, sei die heutige Entscheidung getroffen worden.

*) Hoover über die Washingtoner Verträge.

*) Los Angeles. Der Handelssekretär Hoover verteidigte in einer Rede energisch die Washingtoner Verträge, die, wie er sagte, den ersten wesentlichen Beitrag zur Lösung des Abrüstungsproblems bildeten. Das Beispiel der Washingtoner Konferenz werde Europa erlauben, Maßnahmen zu treffen, wodurch die Herabsetzung der Rüstungen und damit gleichzeitig ermöglicht werde, für den wirtschaftlichen Wiederaufbau eine Grundlage zu legen.

*) Die Rolle der Flugzeuge in künftigen Kriegen.

*) London. Der Luftfahrtminister Quett brachte gestern das Luftfahrtbudget ein und machte dabei u. a. einige Bey-

messungen über die Rolle, die Flugzeuge in künftigen Kriegen spielen werden. Er sagte, eine einzelne Fliegerbombe sei imstande, das größte Schlachtschiff binnen wenigen Minuten zum Sinken zu bringen. Bei dem letzten Angriff auf London hätten die Deutschen 36 Flugzeuge verwendet. Damals waren 32000 Mann für die Verteidigung der Hauptstadt nötig. In Zukunft würden bei einem solchen Angriff vielleicht von 300 Flugzeugen Bomben in einem sechsmal größeren Gewicht und mit wenigstens 4 bis 5 mal größerer Sprengkraft abgeworfen. London und England müßten darauf vorbereitet sein, einer solchen Gefahr die Stirn zu bieten. Der Minister wies schließlich darauf hin, daß die Drangosen weit stärkere Luftkräfte als England besäßen.

Die Flugzeuglandung auf der Zugspitze.

Die Berliner Abendblätter melden aus München: Der bayrische Fliegerhauptmann Goller, der mit seinem Flugzeug 800 Meter unterhalb des Gipfels der Zugspitze gelandet war, ist nach dem Eintritt des Wettersturzes auf der Anorthütte 900 Meter unter dem Gipfel mit seinen beiden Begleitern, dem Ingenieur Rodelfeller und dem Filmoperateur Ruge, vollständig eingeschneit. Ihre Lebensmittel sind außerst knapp. Träger mit Lebensmitteln sind vom Raintale aus zu den Eingeschnittenen unterwegs, es ist jedoch fraglich, ob sie bei den Schneebänken, Nebel und Laminengefahr durchkommen werden. Goller ist den Lebensmitteltägern auf Schneeschuhen entgegengegangen. Die Flugzeugüberwachungsstelle München hat ein Kommando von einem Offizier und 8 Mann guter Schneeschuhläufer mit Lebensmitteln nach der Anorthütte geschickt. Das Kommando hat auch Auftrag, das Flugzeug abzumontieren und die wertvollsten Teile zu Tale zu bringen.

Vermischtes.

In der Verhandlung des Berliner Schwurgerichts gegen die beiden ehemaligen Pioniere Arndt und Schneider wegen Totschlages, begangen an zwei ind. Gesangsmitgliedern in der Lehrterstraße eingeleiteten Galizern in den Märztagen 1919, wurden die Angeklagten wegen versuchten Totschlages und gefährlicher Körperverletzung unter Verurteilung mildernden Umständen zu je 1 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt und sofort in Haft genommen.

Ein Fußwärtersbelegter auf der Landstraße erschlagen. Wie aus Jauer gemeldet wird, wurde gestern Morgen auf der Chaussee zwischen Freiburg und Wöhnerdors ein Fußwärtersbelegter erschlagen. Die Mörder spannten die drei Pferde aus und entfernten sich mit ihnen in der Richtung auf Gohensriedberg.

Sport.

Fußball. Anlässlich des 1. Stiftungsfestes der Fußballabteilung Technik bei Döbeln spielte die 1. Elf des Sportvereins Höderau gegen die jetzt spielstarke 1. Elf des Fußballclubs Mägeln ein Verbeispiel. Die schöne Sportmitteilung hatte wohl 500 Zuschauer auf den Rasen gelockt. Mit 4 : 1 konnte Höderau als glücklicher Sieger das Spiel gewinnen, nachdem zuvor der Leiter der Fußballabteilung Technik dem Sieger einen prächtigen Lorbeerzweig überreicht hatte. — In Höderau spielte die 2. Elf gegen Sportvereinsmannschaft Kollitz 1920 und konnte ebenfalls mit 5 : 0 den Sieg an sich reißen.

Kirchennachrichten.

Gröba, Donnerstag, den 23. 3., 1/8 Uhr Bibelstunde in Vochra, 8 Uhr Bibelstunde in Gröba. Freitag, 24. 3., 1/8 Uhr Bibelstunde in Vochra. Heute Jungmännerverein. Freitag 1/8 Uhr Gefährtinnen-Vorbereitung.

Goldene Damen-Brillanten von Wergendorff nach Nießa veräußert. Abzugeben geg. Vel. Postfach Nießa.

Sund (br. Tadel) entlaufen. Abzugeben Lorenzstr. Nr. 32. Vor Ankauf wird gewarnt.

Penion für Handelsreisende vom Lande gesucht. Angebote unter W 0 8612 an das Tagblatt Nießa.

Autogarage für mittleren Wagen in Nießa oder nördlicher Umgegend zu jedem annehmbaren Preis zu mieten gesucht. Off. unt. W M 8612 an das Tagbl. Nießa.

Vermögende Geiraten verm. „Union“ Berlin 25.

Ein Mädchen von 5 Jahren an wird in liebevolle Pflege genommen. Zu erz. im Tagblatt Nießa. F. Mädch. sucht Aufwartung 1., od. ganz Tag, ev. Beschäftigung in leicht. Büroarbeiten. Offerten unter W X 8613 an das Tagbl. Nießa erbeten.

Ein junges Mädchen als Aufwartung für den ganzen Tag gesucht. Paul Schuster, Bäckerei Vopvitz.

Ostermädchen gesucht. Mühle Bahrens, Post Braunsf.

Gesucht ehrliches, solides **Hausmädchen** od. Aufwartung a. 15. April. Wettinerstr. 1.

Osterjunge gesucht für leichte Landw. Arbeiten. Pinter, Oberlöhnera bei Olttau.

Zuverlässiger Antzger für sofort gesucht. Paul Wenzel, Gröba, Kirchstraße 14. Tel. 528.

Saatmais eingetroffen.

H. W. Sourig.

Einem Aecht sucht sofort **Gröba Starke, Friedrich-August-Str. 28.**



Original Oldenburger Beyer-marisch-Zuchttrieb.

Vin mit einem Transport von 50 Stück bester Rube und Reiben, hochtragend und mit Kälbern, sowie 12 Stück prima Perdbuchhüllen in meiner Behausung, sowie in Döbeln, am Bahnhof, bei Herrn Viehhändler Müller, eingetroffen und stelle selbige nach 10 tägiger Quarantäne **Freitag, 24. 3., 8 Uhr** Spielab. Kronpr.

Nießer Sportverein e. V.

Berein. Chem. Handelskammer Nießa.

Paul Richter, Gröba-Nießa. — Tel. 179.

2 Minorkahühne Rosenkamm, 2ter Br., preiswert zu verk. **Donnerstag, 21.**

1 Gabn, 3 Gähner zu verkaufen. Zu erfragen im Tagblatt Nießa.

Guterhaltener Sportwagen zu verkaufen. Angebots unter W K 8610 an das Tagblatt Nießa.

Kastenhandwagen 10 Rtr. tragend.

1 Doppelfenster, 190x110, 3 Putzstücke.

1 Schreibstisch 1. G. 3 Meter Damenostentuch billig zu verkaufen. **Donnerstag, 21.**

Govercoatjude und **Perrenrook** mit Weste zu verk. **Kell. - W. - Pl. 4, v. r. Dabelitz** Aufwartung i. n. mittags um 1. 4. gefucht.

Guterhaltener schwarzer Anzug voll f. Konfirmanden, a. verk. Zu erz. im Tagblatt Nießa.

Ein eleganter Herren-Gehpelz ist zu verkaufen. **Deinrich Vnita, Elbstr. 1.**

Wegzugs halb transportabl. Küchenherd verkauft. Zu erz. im Tagblatt Nießa.

Gebr. Nähmaschinen zu kaufen gesucht. Off. unt. W C 8609 an das Tagbl. Nießa.

Woggenstie Weizenstie Nachgangmehl

Reinsuchenmehl Trockenstiekel

pa. Weizenmehl hat abgegeben

G. Heinig Langenberg.

Kalifalz

Rainit empfiehlt als Lager

G. Heinig, Langenberg

Kognat-Flaschen kauft zum 2.50 per Stüd

Richard Boden Nießa. — Fernsprecher 172.

Umwinn kauft, Mitesser, Kollern ver-

Winn kauft, Mitesser, Kollern ver-

Winn kauft, Mitesser, Kollern ver-

Winn kauft, Mitesser, Kollern ver-

Winn kauft, Mitesser, Kollern ver-

Winn kauft, Mitesser, Kollern ver-

Winn kauft, Mitesser, Kollern ver-

Winn kauft, Mitesser, Kollern ver-

Winn kauft, Mitesser, Kollern ver-

Winn kauft, Mitesser, Kollern ver-

Winn kauft, Mitesser, Kollern ver-

Winn kauft, Mitesser, Kollern ver-

Winn kauft, Mitesser, Kollern ver-

Winn kauft, Mitesser, Kollern ver-

Winn kauft, Mitesser, Kollern ver-

Winn kauft, Mitesser, Kollern ver-

Verelnsnachrichten

Stk. v. Nießa. Heute abend zur Turnst. nicht. Besprechung. **Evangel. Bund, Donnerstag, 23. März, abends 8 Uhr** Hauptversammlung im Wettiner Hof.

Schwerbetriein. Donnerstag, 23. d. M., abends 8 Uhr

Verelnsnachrichten Besprechung im Wettiner Hof. Tagesordnung: Ein-

Berein. Chem. Handelskammer Nießa. Donnerstag, 23. März, abends 8 Uhr

Verelnsnachrichten in Saale der Elbterrasse

über „Elbterrasse“ und den „Elbterrasse-Konzern“, gehalten vom 1. Vors. der Döbelner Grubervereinigung Herrn G. Schnell.

Wie erwarten reifliche Teilnahme aller unserer Mitglieder und bitten auch wertere Gäste, Männer, Damen und Herren, herzlich willkommen. **Der Vorstand.**

Jahrmarkt in Posemuckel.

Der Männergesangsverein Gröba hält Sonnabend, den 25. März sein dies-

jährliches Winterkonzert in Form eines

Jahrmarktes in beiden festlich dekorierten

und leuchtend beleuchteten Sälen des Gast-

hofes zu Gröba mit großem Liebesdarbringen

ab. — Alle Ehren-, aktiven und passiven

Mitglieder mit ihren Familienangehörigen

werden hierdurch herzlich eingeladen. —

Gäste und auswärtige Sangesbrüder, durch

Mitglieder eingeführt, herzlich willkommen. —

Anfang 7 Uhr. — 3 Kapellen.

Der Gesamtvorstand.

Aktive und passive Mitglieder können ihre

Eintritts- und Gästefkarten an der Abend-

kasse oder bis Sonnabend nachm. 4 Uhr

bei den Herren Barbier Jugl, Bäckermelker

Schroder, Sattlermeister Deiner, Barbier

Reinhold u. beim Vorst. Kiedel entnehmen.

A. Richters Tanz- und Anstands-Lehrkurs

beginnt Montag, 27. März, Hotel Wettiner Hof. Vor-

herige Anmeldung in meiner Wohnung, Albertplatz 6, er-

beten. Prospekte daselbst.

Rob. Richter, Fris. u. Lehr. d. h. b. 55. Tanzkunst.

Im Saale der „Elbterrasse“ findet am

Sonntag, 26. März, abends 7 1/2 Uhr

ein nochmaliges Gastspiel der Mitglieder der

Städtischen Theater Leipzig

Agnes del Sarto u. Herbert Hübner

statt. — Neues Programm. — Lieder zur

Laut. Heitere Dichtungen. — Vorträge

am Flügel: **Hermann Cerinl.**

Karten bei Joh. Ziller und Joh. Hoffmann,

Hauptstr.: 1. Platz 12.— M., 2. Platz 8.— M.

Galerio 5.— M., dazu Steuer.

Bezugschein frei!

Erstklassige Tiefbau-Stückkohle

sowie **Siebkohle, Förderkohle**

kann in jeder Menge ohne Bezugschein und

ohne Reibekarte abgeholt werden von

Braunkohlengrube „Bogelsfreude“

bei Rothstein (Kreis Siebenbrunn) Post Wahrenbrunn.

Zigaretten alle Marken **Fabriklager** für Händler **Dampf bad.**

Kukirol beseitigt schnell sicher und schmerzlos **Hänneraugen** **Hertha-Schwefel-Wasser.** **Je Apotheken & Drogerien erhältlich.** **Central-Drogerie Oskar Förster.**

Freiwill. Grundstücksversteigerung. **Sonnabend, 25. März, mittags 1 Uhr,** verfertiger ich öffentlich meistbietend im **Wettgerhof** in **Wüdenberg** mein in **Wüdenberg, Elsterwälder Str. Nr. 168,** gelegenes Grundstück, bestehend aus Wohnhaus, Nebengebäude, Hinterhaus, Werkstattgebäude und ca. 2500 Quadratm. Garten, Wasserleitung und elektr. Licht im Grundstück. Wohnung mit 6 Zimmern, Laden und Werkstatt wird sofort frei. Das Grundstück eignet sich besonders für Konfektions-, Lebensmittelgeschäft oder Klempnerei. Bei Erstellung des Zuschlages sind sofort 15000 M. bar zu zahlen. Notar ist zur Stelle. Alles Nähere durch meinen Bevollmächtigten Herrn **R. Ostermann, Krause & Söhne, Fernsprecher 514.** **Der Notar.**

Zahle keine Briefe

an **Gröba, Kirchstr. 32, Tel. 462.**

Zukunft! **Gröba, Kirchstr. 32, Tel. 462.**

Charakter wird nach Astro-

logie (Sterndeutung) berechnet.

Geb. Rat in Ehe, Geschäft,

Streben. Nur Geburtsdaten

u. Schrift einlesen. Streng reell

u. wissenschaftlich. Viele Dank-

scheiben aufzuweisen. **Theres**

Daunover, Wlanenstr. 3.

Ein Drellhosen

preiswert abzugeben im

Ein- und Verkauf-Geschäft

Karl Hofmann

Gröba, Kirchstr. 32, Tel. 462.

Antiker Service **Ruchenteller, Tassen**

Silberbedeckte **Silberbedeckte**

für Silberhochzeit.

G. Degenkolbe Nachf.

Hauptstr. 14.

Damen- u. Herrenhüte

zum Umprägen und Färben

werden stets angenommen.

Neueste Formen

in Einem und Dem.

Hut- und Ballblumen

Febern billigt bei

Sulda Wittner

Gröba, Kirchstr. 25.

Endpunkt der Straßenbahn.

Handwagen

(Reiter-, Kasten- und Tafel-

wagen), sowie Ersatzräder,

solbeste Bauart — in allen

Größen — s. auferst. Preisen.

W. Spengler Wilhelmstr. 6

geg. b. Kaiserhof

Waschbücke

Waschbütten empfehle

Wittner **P. Tausch, Parkstr.**

Haar

kauft zu höchsten Preisen

Otto Striegler,

Nießa, Hauptstr. 58.

Salatpfz. **verkauft**

Birnen- u. Apfelhochstämme

Stachel- u. Johannisbeeren

Rosen in Hochstamm u.

Arthur Hornemann

Gärtner, Vch. Frankfurt.

Die Entscheidung der Reparationskommission.

Der Erlass der Schäden für die polnischen Aufstände.

Die Vorkonferenz hat der Deutschen Botschaft in Paris folgende Note überliefert:

Der Geschäftsträger!

Herr Dr. Mayer hat der Vorkonferenz am 18. Dezember 1921 eine Note ausgehen lassen, in der die Deutsche Regierung die Forderung an die Alliierten Mächte stellt, Erlass für die Schäden zu leisten, die im Abgrenzungsgebiet während der Befreiungszeit durch die verschiedenen polnischen Aufstände entstanden sind. Die Deutsche Regierung stellt die Behauptung auf, daß die Vergütung für diese Schäden nicht aus den örtlichen Einnahmen geleistet werden darf, sondern daß sie von den Alliierten Mächten selbst sichergestellt werden muß.

Die Vorkonferenz hat sich nicht, im gegenwärtigen Zeitpunkt in eine Erörterung darüber einzutreten, was für die Anruher in Oberschlesien als verantwortlich festzustellen ist, und ihr Schweben hierüber darf die Vorkonferenz nicht dahin ausgelegt werden, als ob sie sich in dieser Frage irgendeine Festlegung habe, aber sie hat die Pflicht zu erklären, daß sie in dem Schreiben des deutschen Botschafters entwickelte These keinesfalls zulassen kann.

Der Friedensvertrag sieht vor, daß die von der Kommission für die Verwaltung des Abstimmungsgebietes aufzubringenden Kosten aus den örtlichen Einnahmen bestritten werden sollen. Die Vergütungen für die im Abstimmungsgebiet entstandenen Aufstände sind demnach demnach selbstverständlich in diese Ausgaben einbezogen worden. Für den Fall, daß die örtlichen Einnahmen nicht ausreichen sollten, müßte festgestellt werden, unter welchen Bedingungen die Entscheidungen zu leisten wären; aber die Verantwortlichkeit der Alliierten Mächte kann niemals in Frage kommen. Keine Bestimmung des Friedensvertrages ist es, die die Deutsche Regierung zu der von ihr aufgestellten Behauptung daß die Vergütung für diese Schäden den Alliierten Mächten zur Last zu legen sei.

Sie habe die Ehre, Sie zu bitten, dieses Schreiben in Verantwortung der oben erwähnten Note zur Kenntnis der Deutschen Regierung zu bringen. gez. Voicard.

Die deutsche Reichsregierung hat in ihren Noten an die Vorkonferenz niemals ein Verbot daraus gemacht, daß sie als den eigentlichen Verantwortlichen für die polnischen Aufstände in Oberschlesien die Interalliierte Kommission in Doppeldecker betrachtet, die es veräumt hat, die berechtigten widerholten Warnungen der deutschen Reichsregierung zu beachten. Hätte sie auf diese ohne Einnahmen gehört, dann wäre es ein Leichtes gewesen, die polnische Aufstandsbewegung im Keime zu ersticken. Aber nicht einmal, zweimal, dreimal hat die Interalliierte Kommission in Doppeldecker die deutschen Warnungen in den Wind geschlagen. Es ist also eine Tatsache, wenn jetzt auf die deutsche Beschwerde in einer von Voicard unterzeichneten Note der Vorkonferenz geantwortet wird, daß eine Verantwortlichkeit der Alliierten niemals in Frage kommen kann. Damit lehnt die Vorkonferenz, nachdem sie die Verwaltung des Abstimmungsgebietes mit der unerträglichsten Leichtfertigkeit und Ungerechtigkeit gehandhabt hat, jede Verantwortlichkeit für die durch ihre Schuld entstandenen Schäden ab. Sie acht nicht einmal auf die deutsche Anklage ein, irgendeine Maßnahme zu treffen, um vor der endgültigen Teilung des Gebiets für eine angemessene Regelung der Schadensfrage Sorge zu tragen. Man konnte ja allerdings von der Entente, besonders von Frankreich, eine gerechte Entscheidung nicht erwarten. Diese aber macht das Maß der am unglücklichsten Oberschlesien beengenen Ungerechtigkeiten voll.

Deutscher Reichstag.

wtb. Berlin, 21. März.

Auf eine Anfrage des Abg. Jürgens (Soz.), wegen der noch immer erfolglosen Verwendung eines Briefmarkens mit dem Bilde des früheren Kaisers, erwidert Oberpostsekretar Debat: Die Herstellung der erforderlichen neuen Wertmarken hätte mit der mehrfachen Gebührenerhöhung nicht gleichen Schritt halten können. Demgemäß war die Verwendung der Wertmarken von früheren Ausgaben namentlich für höhere Werte nicht zu umgehen. Zudem stellen die alten Wertmarkenbestände einen beträchtlichen Wert dar, dessen Vernichtung angesichts der unglücklichen Finanzlage des Reiches nicht in Frage kommen konnte. Von den Wertmarken zu 5 Mark mit dem Bilde des früheren Kaisers und der Inschrift: „Ein Reich, ein Volk, ein Gott“ waren Ende 1921 noch etwa 1 1/2 Millionen Stück vorhanden. An das Publikum werden diese nicht mehr verkauft, sondern im inneren Betrieb verwendet. Sollten einzelne Stücke doch noch an das Publikum abgesetzt worden sein, so sei das gegen die ausdrückliche Anordnung der Reichspostverwaltung geschehen. Inzwischen dürften übrigens diese Wertmarken völlig aufgebraucht sein.

Vermögenssteuergesetz

fortgesetzt. Die Abstimmung über den gestern beratenen § 18 wird noch hinausgeschoben, ebenso über die §§ 20 und 21 (Tarif).

§ 22 handelt von den Zuschlägen auf 16 Jahre, die an die Stelle des Rotopfers treten sollen. Die Unabhängigen und Kommunisten beantragen bei den Zuschlägen statt bis zu 200 bis zu 300 Prozent zu gehen.

Abg. Dr. Helfferich (Deutschnat.) protestiert gegen diese Anträge, da schon die Kommissionsbeschlüsse so hoch seien, daß die Zuschläge weit über das Rotopfer hinauszügingen. Er beantragt deshalb die Bestimmung anzufügen, daß dem Zuschlag nicht unterliegen sollen, deutsche Reichs-, Staats- und Kommunalanleihen, Pfandbriefe, Industriobligationen usw. Soweit diese Wertpapiere und Hypotheken sich seit dem 30. Juni 1919 ununterbrochen im Besitz des Steuerpflichtigen befinden haben.

Nachdem Staatssekretär Japp dem Antrag widersprochen, wird über die ganzen bisherigen Paragraphen abgestimmt.

Auf § 18 wird der Antrag Gerold angenommen, wonach bei Ermittlung des Ertragswertes insbesondere „auch“ der Ertrag der letzten drei Jahre zu berücksichtigen ist. Im übrigen werden alle anderen Anträge abgelehnt und die §§ 16 bis 22 in der Ausschlußfassung angenommen. Ebenso eine Reihe weiterer Paragraphen.

Nach kurzer weiterer Aussprache wird auch der Rest des Gesetzes genehmigt. Der Ausschuss beantragt noch eine Reihe von Entschleunigungen, in denen u. a. eine Gesetzesvorlage geordnet wird, durch welche für das Einkommensteuer- und das Erbschaftsteuergesetz und insbesondere für die Tarife diejenigen Änderungen vorgeschlagen werden, die sich aus der Marktwertung als notwendig erweisen.

Eine weitere Entschleunigung verlangt, daß das Problem der Schaffung einer stabilen Werteinheit für das ganze Wirtschaftsleben einsehend untersucht wird.

Das Moratorium.

Deutschland soll 1922 insgesamt 2170 Millionen zahlen.

11 Paris, 22. März. (Davas.)

Die Reparationskommission hat einstimmig die von Deutschland im Jahre 1922 für das Reparationskonto und für die Befehlshaber zu leistenden Zahlungen auf 720 Millionen Goldmark in bar und 1450 Millionen Goldmark in Sachleistungen fest. Ebenso sollte die Kommission einen einstimmigen Beschluß über die Bedingungen und Garantien, die Deutschland als Gegenleistung für den ihm vorläufig bewilligten teilweisen Zahlungsausschub aufzulegen sind.

Die Reparationskommission hat ihre Entscheidung über das sogenannte Moratorium, das zu Ende des vergangenen Jahres von der deutschen Reichsregierung beantragt worden ist, nun endlich getroffen und die Periode der zehnjährigen Einunddreißig-Millionen-Zahlungen dürfte ihrem Abschluß entgegen gehen.

Es ist bei den Bürgern geblieben, die seit Cannes schon ziemlich allgemein in Rechnung gestellt worden sind, nämlich bei 720 Millionen Goldmark in bar und 1450 Millionen Goldmark in Sachleistungen. Das ergibt zusammen 2170 Millionen, also mehr als ein Viertel weniger als der Betrag, der dem Ultimatum vom Mai vorigen Jahres zufolge eigentlich hätte entrichtet werden sollen. Insofern bedeutet das Moratorium eine Erleichterung und einen Erfolg, aber es wäre falsch, diese relative Erleichterung als absolute zu bewerten, diesen ersten Schritt als einen letzten und entscheidenden aufzufassen.

Die ganze Sachlage nach dem Moratorium bleibt ernst. Seine allgemeine Anlage zeigt eine Verbesserung in der Summe, aber eine unzureichende, und sie wird durch scharfe methodische Drohungen, die in den Bedingungen und Garantien, über die Röhers noch abgewartet werden muß, zum Ausdruck kommen, sicherlich fast aufgewogen werden.

Eine weitere Debatte ruft noch die vom Abg. Doktor Helfferich (Deutschnat.) empfohlene Entschleunigung hervor, welche die Höhe des steuerfreien Vermögensbetrages der Geldwertungen anpassen will. Diese Entschleunigung wird gegen den Protest der sozialistischen Parteien angenommen, ebenso die übrigen Ausschlußentscheidungen, die zum Teil einstimmig, zum Teil gegen die sozialistische Linke angenommen werden.

Bermögenszuwachssteuererleichterung.

Nach den Ausschlußbeschlüssen soll im Zusammenhang mit der Vermögenssteuer alle drei Jahre der Vermögenszuwachs veranlagt werden. Steuerpflichtig ist der Vermögenszuwachs, wenn er 100 000 Mark übersteigt und das Endvermögen mehr als 500 000 Mark beträgt. Die Steuer beträgt für die ersten 200 000 Mark Zuwachs 1 Prozent und steigt bis zu 10 Prozent bei einem Zuwachs von über 1 1/2 Millionen.

Ein Antrag Helfferich (Deutschnat.), den steuerfreien Betrag beim Vorhandensein von mehr als 2 unterhaltspflichtigen Personen zu erhöhen, wird abgelehnt, ebenso Anträge der Unabhängigen und Kommunisten, die eine Verschärfung des Tarifs verlangen. Das Gesetz selbst wird in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Abgabe vom Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit.

Der Ausschuss beantragt die Ablehnung der ganzen Vorlage. Die Debatte über diesen Paragraphen führte zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen den Unabhängigen und Kommunisten auf der einen Seite, den Weirbeitssozialisten auf der anderen Seite. Die Unsozialisten machten den Weirbeitssozialisten den Vorwurf, daß sie jetzt auf die Verschärfung der Kriegsschulden verzichten wollten, um die Arbeiter umso mehr zu belasten.

Als Abg. Rahmann (Soz.) in Verbindung mit Betrachtungen über Steuermoral die falsche Eintragung eines Kommunisten in die Anwesenheitsliste auf das Schärfste verurteilt, nimmt

Abg. Roenen (Komm.) dies zum Anlaß, ganz allgemein die Art der Listenzeichnung aller Parteien als unmoralisch zu kennzeichnen. Auch in der Nationalversammlung seien zwei ähnliche Fälle vorgekommen, an denen auch ein Zentrumsgabgeordneter beteiligt war. Weirbeitssozialisten und der parlamentarischen Unterführung mit größter Ruhe entgegen. Die insame Verleumdung scheint allmählich auf der Seite, die ihm (Roenen) nahesteht, zu einem Werkzeug der Bekämpfung des politischen Gegners zu werden. (Beifall bei der Mehrheit, Lärm auf der äußersten Linke.)

Abg. Dr. Gerg (Unabh.) wendet sich gegen die Erklärung des Ministers. Als er sagt: „Wir legen Vermehrung ein gegen die Unverschämtheit“, bricht bei der Mehrheit ungedeuer Lärm aus. Als Redner fortfährt, „die Deutsche Volkspartei könne mit keinem Minister zusammenarbeiten, an dessen Ehre ein persönlicher Anstoß hänge“, bricht ein neuer Tumult aus, während dessen Vizepräsident Dea den Redner zur Sache ruft. Die weiteren Ausführungen gehen in dem erneuten Lärm unter.

Der Ausschlußantrag auf Ablehnung des Gesetzes wird sodann gegen die äußerste Linke angenommen. Es folgt die zweite Beratung der Novelle zum

Körperschaftsteuergesetz.

Die Regierungsvorlage wollte den Steuerfuß für die Gewerdegewinnsteuern von 10 auf 20 Prozent erhöhen, der Ausschuss beantragt 20 Prozent. Steuerbefreiung will der Ausschuss nur denjenigen Sportstätten gewähren, welche ihre Gewinne auf den eigentlichen Sportverkehr beschränken. Bei den Erwerbsgesellschaften erhöht sich die Steuer um 15 Prozent der verteilten Gewinnanteile.

Das Gesetz wird nach den Beschlüssen des Ausschusses nach kurzer Debatte angenommen.

Mittwoch mittags 2 Uhr: Zentrumsdiskussion über die Beteiligung der Reichsleiter an Polen, Kapitalverkehrs- und Umsatzsteuer.

Die Konferenz von Genua.

Chamberlain bestätigte gestern nachmittag im englischen Unterhause, daß Lord George vor der Abreise zur Konferenz von Genua im Unterhause eine Abstimmung über die Politik der Regierung auf der Konferenz veranlassen werde. Die Vertreter Großbritanniens auf der Konferenz würden sein der Premierminister, Lord Curzon und der Staatssekretär. Chamberlain fuhr fort: Ich ergriffe diese Bekantheit, um dem Hause mitzuteilen, daß der Premierminister nach der Ruhe, die er auf ärztlichem Rat zu nehmen gezwungen war, am 3. April auf seinem Platz im Unterhause sein wird. (Lauter Beifall.) Er wird dann sofort die Ansicht des Hauses über die Politik der Regierung bezüglich der Genueser Konferenz einholen. Auf eine Anfrage von Glynne erwiderte Chamberlain, daß in Cannes vereinbarte Program für Genua sei seinerzeit veröffentlicht worden. Eine weitere Prüfung der Vorschläge, die der Konferenz unterbreitet werden sollen, erfolge gegenwärtig durch die Sachverständigen der Mächte in London; diese Arbeit sei noch nicht beendet. Das Parlamentsmitglied Wedgwood fragte, ob irgendein Antrag dem Parlament unterbreitet werden würde. Chamberlain erwiderte: Jawohl, ein Antrag wird unterbreitet werden, in dem die Frage gestellt wird, ob die Regierung in dieser Angelegenheit das Vertrauen des Hauses besitzt oder nicht. Das gesamte Haus wird anerkennen, daß es für den Premierminister unmöglich sein würde, nach Genua zu gehen, wenn irgendein Zweifel bezüglich seiner Autorität bestände. (Beifall.)

Ein Dementi der italienischen Regierung.

Aus Rom wird gemeldet: Die Meldung einiger Blätter, wonach nach der auf den 10. April festgesetzten Eröffnung der Genueser Konferenz die Arbeiten bis nach Ostern vertagt werden würden, entbehrt, wie die Agenzia Stefani erfährt, jeder Begründung. Die Konferenz wird ihre Arbeiten unmittelbar nach der Eröffnung beginnen.

Das deutsche Programm für Genua.

In der Reichskanzlei in Berlin war gestern nachmittag eine sogenannte Chefbesprechung, die sich mit dem deutschen Programm für Genua befaßte. Im Anschluß an die Besprechung hatte der Reichsfinanzminister, dem Reichsfinanzminister und dem Reichswirtschaftsminister. Beide Besprechungen waren vertraulich.

Eine Sitzung des Völkerbundsrates.

Der Völkerbundsrat wird sich am 24. März an einer kurzen Session in Paris versammeln. Die britische und die französische Regierung, die die Initiative zur Einberufung des Rats ergriffen haben, haben die Fragen der Beziehungen des Völkerbundes zur Genueser Konferenz und die Beteiligung der technischen Dienstleistungen an der Vorbereitung der Konferenz auf die Tagesordnung gesetzt.

Die Londoner Sachverständigenkonferenz.

Dem „Daily Telegraph“ zufolge bildeten in der vergangenen Nacht die Sachverständigen der Konferenz für Genua die britischen Vorschläge über den Wiederaufbau des Handels und die wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland die Grundlage der Erörterung. Zuerst wurde die Frage der russischen Schulden verhandelt. Dem Vizepräsidenten wurde auf keiner Seite die Meinung geäußert, Rußland irgendwelchen übertriebenen Einräufen ausgesetzt zu sein. Heute wird auch die Frage erörtert werden, mit welcher Währung Rußland die privaten Schulden zurückzahlen solle. Man kam überein, daß die Untertanen eines Landes nicht an der Befreiung des Landes beteiligt sein sollten, der früher Untertanen eines anderen Landes gehörte.

Die Ratifikation des Wiesbadener Abkommens.

Der französische Ministerrat hat gestern den Finanzminister und den Minister für die besetzten Gebiete ermächtigt, in der Kammer einen Gesetzentwurf betr. die Ratifikation des Wiesbadener und des ergänzenden Berliner Abkommens über den Modus der deutschen Reparationen einzubringen. In dem Gesetzentwurf ist vorgesehen, daß die Regierung nach Anhörung eines Beratungskomitees, in dem namentlich die Hauptbranchen der französischen Produktion, die Geschäftsgüter, die Unternehmer und die beteiligten Verwaltungszweige vertreten sind, durch Verordnung Sonderabgaben festsetzt, die auf die Vergrößerung der deutschen Sachlieferung angewendet werden sollen.

Die Konferenz der Ernährungsminister.

Im Verlaufe der gestrigen Sitzung der in Berlin tagenden Konferenz der Ernährungsminister der Länder sprachen sich, wie der „Vorwärts“ mitteilt, sämtliche Länder mit Ausnahme von Bayern, dessen Vertreterung sich eine endgültige Stellungnahme vorbehalten, für die Beibehaltung der Getreideumlage aus. Eine einstimmige angenommene Entschleunigung fordert vom Reichsfinanzministerium bestimmte Vorschläge für die Erhaltung der Kartoffeln. Die Verhandlungen der Konferenz sollten heute vormittag fortgesetzt werden.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Gestern hat Präsident Calonder, wie aus Genf gemeldet wird, seine Vermittlung zwischen den deutschen und den polnischen Bevollmächtigten begonnen, die jedoch gleichzeitig noch ihre unmittelbaren Verhandlungen miteinander fortsetzen. Dabei gelang es in einem der weniger schwierigen Streitpunkte, der Frage des Verkehrs über Kreuzburg, eine Einigung zu erzielen. Die Vermittlungsbemühungen des Präsidenten sollen heute fortgesetzt werden. Werden sie ergebnislos oder ist eine Einigung auf der ganzen Linie nicht zu erreichen, so wird für die ungelösten Fragen am Donnerstag mittags das vorgesehene Schiedsverfahren mit einer öffentlichen Sitzung der Konferenz einsehen. Der Schiedspruch soll dann etwa zwei Tage später verkündet werden.

Dr. Wiedfeldt Botschafter in Washington.

WZV. meldet: Der Reichspräsident hat den Geheimrat Dr. Wiedfeldt zum Botschafter in Washington ernannt, nachdem diesem das Abkemen der amerikanischen Regierung erteilt worden ist. Die Reichsregierung hat hierdurch vielfach geäußerten amerikanischen Wünschen, daß für diesen Posten ein hervorragender Vertreter des deutschen Wirtschaftslebens in Aussicht genommen werden möge, Rechnung getragen. Durch die Entsendung eines für den Wiederaufbau Deutschlands bedeutungsvollen Mannes hat die deutsche Wirklichkeit den Interessen der Politik ein dankenswertes Opfer gebracht.



Aus den Ausschüssen des Reichstages.

Der sozialpolitische Ausschuss begann die Arbeit zur Reichsversicherungsordnung und erledigte zunächst den Abschnitt über die Versicherung des Hausgewerbes im Reichlichen durch Annahme der Fassung der Regierungsvorlage.

Der Rechtsausschuss nahm in zweiter Lesung den Gesetzentwurf an, wonach die Frauen zum Schöffens- und Geschworenendienst herangezogen werden können.

Im Hauptausschuss wurde der Haushalt des vorläufigen Reichswirtschaftsrats trotz mehrfacher, von verschiedenen Parteien vorgebrachter Bedenken gegen das Festsetzen dieses Parlaments neben dem Reichstag genehmigt, nachdem der Reichswirtschaftsminister Schmidt darauf hingewiesen hatte, daß der Reichswirtschaftsrat in der Verfassung festgelegt ist.

Der Hauptausschuss begann sodann die Beratung des Haushalts der Reichseisenbahnen, die mit längeren Ausführungen des Reichsverkehrsministers Troener eingeleitet wurden. Der Minister erklärte, daß mit dem Haushaltsplan für 1922 der Höchstbetrag, der noch im Vorjahre vorhanden gewesen sei, beibehalten sei. Die Sanierung der Reichseisenbahnen sei allerdings nur durch Erhöhung der Tarife möglich gewesen, denn im Vergleich zu 1913 seien die Preise für Materialien durchschänktlich auf das Achtstufensniveau gesunken. Vom April ab müssen die Gütertariife abermals um 40 Prozent erhöht werden. Nach dem Beamtenstreik sei jetzt eine gewisse Beruhigung in der Beamtenschaft eingetreten. Die Masse der Beamten stände auf einem vernünftigen Boden. Allerdings wenn die Beamten nicht streiken dürften, müßte der Staat für sie auch so sorgen, daß sie aus jeder wirtschaftlichen Not herauskämen. Wegen des Streiks seien an Disziplinarverfahren rund 350 anhängig, davon seien bisher 120 eingestellt worden, von Kündigungen bei kündbaren Beamten seien insgesamt 233 aufrechterhalten worden. Das Unternehmen der deutschen Eisenbahnen sei im inneren Kern auch finanziell gesund, nur müßten die Kriegsschäden und die Folgen des Achtstundentages wieder herbeigebracht werden.

Die Aussperrung in der bayerischen Metallindustrie.

Seltern nachmittag ist in Nürnberg die Aussperrung durch den Verband bayerischer Metallindustrieller in sämtlichen Metallbetrieben in Kraft getreten.

Zur Zeit befinden sich in Württemberg in 180 Betrieben 41.080 Metallarbeiter im Streik. In weiteren 80 Betrieben mit 10.400 Arbeitern hat die Arbeiterschaft zum nächsten Freitag gekündigt.

Die Ablieferung von Eisenbahnmaterial.

Ablieferungen von dem auf Grund des Waffenstillstandsvertrages abzuliefernden 5000 Lokomotiven und 150.000 Eisenbahnwagen, die bis auf wenige übergeben sind, hat Deutschland gemäß Artikel 238 des Friedensvertrages bis zum 28. Februar 1922 abgeliefert an Belgien 15.835 Staatsbahnwagen, 432 Privatwagen, an Frankreich 8394 Staatsbahnwagen, 975 Privatwagen, an Rumänien 2003, an Serbien 277, an Italien 160, insgesamt 28.076 Fahrzeuge.

General Smuts über den Aufstand.

Wie aus Kapstadt gemeldet wird, teilte General Smuts im südafrikanischen Parlament zur Wiederholung der Resolution mit, die Revolutionäre, die die Führung des im Anfang industriellen Streiks übernommen hatten, hätten gehandelt, bevor die Kräfte des Gesetzes und der Ordnung mobilisiert werden könnten, ihre eigene Regierung zu errichten, Hinzuhaltungen zu vollziehen und in Johannesburg ein Stützpunkt anzuordnen. Er hätte nach der Errichtung einer Sowjet-Republik gestrebt. Die Regierung habe beschlossen, die Schuldigen von den gemündlichen Gerichten des Landes aburteilen zu lassen. Zahlreiche Personen würden unter der Anklage des Mordes vor Gericht gebracht werden. Ein Vorschlag, eine Untersuchung der Ursachen durch den Völkerverbund vornehmen zu lassen, wurde von Smuts abgelehnt mit der Begründung, Südafrika sei vollkommen in der Lage, seine eigenen Angelegenheiten selbst zu regeln.

Attentat auf den chinesischen Gesandten in Paris.

Der chinesische Gesandte in Paris Chen-In wurde gestern, als er sich kurz nach Witternacht in Begleitung seiner Frau und eines bekannten Ingenieurs der chinesischen Bahn von einer Gesellschaft im Auto nach Hause begab, durch eine auf ihn abgezielte Revolverkugel am Kopf verletzt. Der Chauffeur glaubte, daß ein Reifen geplatzt sei, und fuhr noch ungefähr 50 Meter weiter. Der Gesandte ließ den Wagen halten und dann bis zu der Stelle zurückfahren, wo die Schüsse gefallen waren. Er fand dort den chinesischen Konsul Litchin vor, der zusammen mit dem Gesandten die

Abendgesellschaft verlassen und den Täter gefunden hatte. Nach der Aussage Litchins hat ein Chinese vier Revolverkugeln auf das linke hintere Fenster und die rechte Seite des Wagens abgegeben und darauf die Flucht ergriffen. Der Gesandte wurde in ein Krankenhaus gebracht, wo die Kugel durch eine Operation entfernt wurde. Eine spätere Meldung aus Paris besagt: Der chinesische Student Li-Ho-Sing, der gestern Abend auf das Automobil des chinesischen Gesandten einige Revolverkugeln abgab, hat sich heute vormittag der Polizei gestellt. Der im Wagen des Gesandten befindliche Delegierte für die Konferenz in Genoa Tscheng-Hu ist verletzt worden. Es ist noch nicht festgestellt, ob es sich um ein politisches Attentat handelt. — Li-Ho-Sing, der Urheber des Anschlages gegen den chinesischen Gesandten, erklärte, wie weiter gemeldet wird, über die Gründe zu seiner Tat befragt, der chinesische Gesandte in Paris habe sich gegen die Chinesen in Paris zu wenig wohlwollend gezeigt.

Zur Entdeckung einer kommunistischen Funktion

In der Linienstraße in Berlin teilen die Blätter mit, daß sich unter den vorgeschickten Papieren Tabellen über die Funktionen der ganzen Welt, geheime Aufzeichnungen der Funktionen der Regierung und der Polizei befanden. Da auch die Wahlenlisten und die Register vermerkt waren, konnte man von der Linienstraße aus jede Funktion ablesen. Der verhaftete Berliner Stadttrat Orpłowicz verlor den Kurierdienst zwischen der Empfangshalle in der Linienstraße und einem geheimen noch nicht aufgefundenen Ort, wo die Kommunisten zu streng vertraulichen Sitzungen und Beratungen zusammenkamen. Bei der entdeckten Funktion soll es sich um den Rest eines großen geheimen Nachrichtenendienstes handeln, den die Kommunisten im Jahre 1919 eingerichtet hatten. Der preussische Minister des Innern Severing wollte gestern nachmittag im Hauptauschuss des Reichstages eine Erklärung über die Angelegenheit abgeben. Im Laufe des gestrigen Tages ist eine Reihe weiterer Aufdeckungen bei Berliner Kommunisten vorgenommen worden, u. a. im Büro der SPD in der Rosenstraße und in den Räumen der kommunistischen Betriebsrätezentrale in der Münzstraße. Gleichzeitig erstreckt sich die Untersuchung auf die kommunistischen Zweigstellen im Reich. Es ist mit noch weiteren Verhaftungen zu rechnen. Die Polizeibehörde wird gleichzeitig eine strenge Untersuchung gegen die durch die vorgeschickten Schriftstücke beauftragten Postbeamten einleiten.

Ein fehlgeschlagener Versuch.

Auf der 10. internationalen Konferenz der Vereine vom Roten Kreuz vor etwa einem Jahre in Genf war die Einsetzung einer Kommission beschlossen worden, die die während des Weltkrieges von den beiden Kriegsparteien gegeneinander erhobenen Beschuldigungen wegen Verletzung der Genfer Konvention nachprüfen sollte. Die kriegsführenden Länder sollten bis zum 15. Oktober 1921 dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz das Anklamaterial einreichen, damit es der Kommission zur Prüfung unterbreitet werde. Dieser Versuch, die von beiden Kriegsparteien gegeneinander erhobenen Beschuldigungen vor einem neutralen Forum zum Ausdruck zu bringen, ist jedoch gescheitert. Das internationale Komitee hat nun den Rote-Kreuz-Vereinen ein Rundschreiben übermittelt, in dem es erklärt, es sehe sich außerstande, den Konferenzbeschluss durchzuführen, da es nicht mehr gelingen werde, den Sachverhalt einwandfrei festzustellen. Außerdem würde es dem Spruch der Kommission an Sanktionen fehlen, weil die betroffenen kriegsführenden Staaten ihn nicht anerkennen.

Tagesgeschichte.

Die Finanznot der Thüringer Städte ist im starken Steigen begriffen. Es gibt nur wenige Gemeinden, die nicht mit Fehlbeträgen rechnen müssen, fast alle befinden sich in größter Not. Bei der Aufstellung der neuen Haushaltepläne in den Städten Jena, Weim, Altenburg, Gotha, Weim usw. kommen Fehlbeträge bis zu 14 Millionen für eine einzelne Gemeinde in Frage. Die Städte wenden sich in ihrer Not zunächst an die Thüringer Landesregierung und ersuchen um die ihnen in Aussicht gestellte Beteiligung der Gemeinde an den Ueberweisungen des Reiches und fordern ferner dringend einen Vorkausausgleich auf dem Gebiete der Armen-, Schul- und Polizeilasten. Die gesamte Finanzgebarung der Thüringer Gemeinden und des Staates Thüringen ist sehr schwierig, einmal beim Thüringer Staatshaushaltplan selbst ein Fehlbetrag von rund 205 Millionen Mark für das Jahr 1922/23 zu tilgen ist, so daß man sehr gespannt sein kann, wie der Staat den Gemeinden ausbehalten soll und wird. Die künftigen Hotelzimmerpreise. Auf der Hauptversammlung des Verbandes der Hotelbesitzervereine Deutschlands in Wiesbaden wurden interessante Mitteilungen gemacht über die voraussichtliche Entwicklung der Hotelzimmerpreise in der nächsten Zeit. Danach soll es den Provinzhotels nicht möglich sein, ein Nachtquartier unter 60 Mark

für den Tag, und zwar nur für das Zimmer, abzugeben, dazu kommt dann noch der Korbbeitrag für die Heizung der auf 25 Mark täglich zu berechnen sei, und der häusliche und häßliche Steuerzuschlag, so daß sich insgesamt 127,50 A für das Nachtquartier ergeben. Der Verband beschließt unter diesen Umständen einen starken geschäftlichen Rückgang. In den Bädern und Kurorten werde man sich im kommenden Sommer auf sehr harte Preissteigerungen gefaßt machen müssen.

Gepp Derters legt sein Mandat nicht nieder. Der „Allgemeine Anzeiger“ in Braunschweig bringt eine Entgegnung Gepp Derters auf den Bericht der Braunschweigischen „Freiheit“ über den am Sonntag stattgefundenen Bezirksparteitag der Braunschweigischen U. S. D. In dieser Entgegnung erklärt Derters: Ich lege mein Mandat als Landtagsabgeordneter nicht nieder. Der Bezirksparteitag habe, nachdem am Sonnabend das Schiedsgericht meinen Ausschluss bestätigt hat, aber mich, den nicht mehr der Partei Angehörigen, keine Beschlüsse mehr zu fassen.

Wieder eine Fabrik durch den Einbruch Mollet gefährdet. General Mollet beschäftigt gestern, wie aus Hannover gemeldet wird, das ehemalige Braunatensilberwerk Neulich bei Unterlöh in der Höhe. Nachdem bereits sämtliche Mischbetriebe infolge des Verfalls der Friedensaufgaben worden waren, droht nunmehr auch dem Werke Neulich die Vernichtung durch die von der Entente geforderte Beschlagnahme sämtlicher Gebäude. Die Werke, die seit Beendigung des Krieges im Einverständnis mit der Entente besetzt worden waren, sind auf diese Weise wenigstens einen Teil der durch den Verfall der Verträge drohenden angedrohten Arbeiterbeschäftigten, beschäftigten in Neulich eine Feldbahn- und Fabrikfabrik, verbunden mit großer Holzbearbeitungswerkstätte, eingerichtet und haben den Betrieb bereits begonnen. Mit diesem Unternehmen war der notleidende Arbeiterbeschäftigung der Gegend sehr bedient. Ob General Mollet sich durch die Beschlagnahme davon hat überzeugen lassen, daß mit den bereits erfolgten Verkündigungen der militärischen Einrichtungen dieser Werke, die dem Reiche schon unabweisbare Kosten verursachen, den Forderungen des Versäulter Vertrages genügt seien, bleibt abzuwarten.

Professor Klemperer nicht zu Lenin berufen. Dem „Vortragsblatt“ wird von der Berliner Sowjetvertretung mitgeteilt, daß Geheimrat Klemperer keineswegs an das Krankenlager Lenins nach Moskau berufen wurde. Professor Klemperer sei lediglich in medizinisch-wissenschaftlichen Angelegenheiten nach Russland berufen worden. Die in Berlin verbreiteten Gerüchte über Lenins Befinden seien stark übertrieben.

Der nächste rote Gewerkschaftskongress in Deutschland. Die Exekutive der roten Gewerkschaftsinternationalen hat beschlossen, den nächsten roten Gewerkschaftskongress in Deutschland abzuhalten.

Streik der Redakteure der „Lippischen Tageszeitung“. Aus Detmold wird gemeldet: Das Redaktionspersonal der „Lippischen Tageszeitung“ (deutschnational) ist gestern Abend wegen Differenzen mit dem Vorstande und Aufsichtsrat in den Ausstand getreten.

Ungarn.

Die Wahlen zur Nationalversammlung. Der Ausschuss der ungarländischen sozialdemokratischen Partei hat beschlossen, an den bevorstehenden Nationalparlamentwahlen teilzunehmen.

Schweden.

Beschlagnahme der Schätze der Adäler und Kirchen. Nach Blättermeldungen werden in ganz Schweden gegenwärtig die Schätze der Kirchen und Adäler beschlagnahmt. Im Färöer-Archipel in Norwegen allein sind Gold, Silber und Brillanten im Werte von einer Million Goldruhel eingezogen worden. Nach in Moskau eingetroffenen Berichten wurden zahlreiche Kirchen und Adäler von Diebesbanden geplündert.

Kunst und Wissenschaft.

Fortwäppler — Nachfolger Nikisch in Berlin und Leipzig. Kapellmeister Wilhelm Fortwäppler, Berlin, hat seitens der Direktion der Gewandhauskapelle in Leipzig und seitens der Leitung der Berliner philharmonischen Konzerte einen Ruf als Nachfolger Arthur Nikisch in der Leitung dieser Kapellen erhalten. Er hat auf Grund dieser Tatsache an die Konzeptionsdirektion die Bitte um Entziehung von der Leitung der Sinfoniekonzerte der Kapelle der Berliner Staatlichen Oper gerichtet. Die Direktion hat im Einvernehmen mit dem Komitee der Orchester, der Witwen und Waisenkasse und unter Zustimmung des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung der Wöping des Vertrages zugestimmt, um Kapellmeister Fortwäppler die Möglichkeit zu bieten, diese ehrenvolle Berufung anzunehmen. Die Konzerte der laufenden Spielzeit werden noch unter der Leitung Arthur Fortwäpplers stattfinden. — Wie die Direktion des Leipziger Gewandhauses mittels, nahm Wilhelm Fortwäppler den Ruf als Nachfolger Arthur Nikisch an. Ebenso wie Nikisch wird er auch die Leitung der Berliner Philharmonischen Konzerte übernehmen.

Tann von Schöllnbach.

Ein Börsenroman von Barr-Runkel

(Nachdruck verboten)

177

Der Graf hob den Deckel von einem wunderbaren Kasten aus getriebenem Silber und reichte den Behälter seinem Gaste hin.

„Sie sind aus einer besonderen Mischung aus Kairo, extra für mich hergestellt. Aber vielleicht ziehen Sie russische vor?“

„Es ist mir vollständig gleichgültig“, meinte Keller und nahm sich eine Zigarette. Der Kammerdiener drehte einen elektrischen Anzähler an, hielt ihn dem jungen Ingenieur bequem hin, dieser nahm sich Feuer und blickte den aromatischen Rauch in das Zimmer hinein.

„So sehen Sie sich doch, Keller!“

„Danke, ich bin eilig. Die Zeit ist augenblicklich außerordentlich wertvoll.“

„Obgleich ich, wie gesagt, des Morgens besonders dumm bin, so merkte ich doch sofort, als Sie eintraten, daß Sie es sehr eilig haben. Für wen arbeiten Sie eben, Herr Peter Keller?“

„Arbeiten? Wie meinen Sie das?“

„Ich meine, wem Sie Ihre wertvollen Dienste widmen, oder sind Sie selbständig?“

„Soviel ich weiß, Graf, bin ich in Ihren Diensten.“

„Ja, warum setzen Sie sich dann nicht, wenn ich es Ihnen sage?“ fragte Graf Tann mit einem leisen Lachen.

Peter Keller warf sich hierauf mit solcher Wucht und Pflöckigkeit in einen Stuhl, daß das Dach seines Ohefs kräftiger wurde.

„Ja, sehen Sie, Peter, mein Junge, es ist in der ganzen Welt klug, daß, wer die Musik bezahlt, auch die Stücke bestellen darf. Sie wollen einen Galopp, aber ich bestimme auf einem Menuett. Wie schmeckt Ihnen die Zigarette?“

„Sie ist ganz herborragend.“

„Ja, ich halte sie auch für ganz annehmbar. Sie entschuldigen doch, wenn ich weiter frühstücke, und Sie

nehmen mir's nicht übel, wenn ich dieses Zimmer nicht als Stiefelkammer ansehe, sondern mich dem Verzehren meines Frühmahles mit der nötigen Andacht widme. Ich glaube, die Kraft unserer Nation hängt zum großen Teil von unserer Langsamkeit bei den Mahlzeiten ab.“

„Vielleicht. Aber man muß diese Langsamkeit nicht auf jede Tätigkeit ausdehnen!“ meinte Peter streng.

„Meinen Sie nicht? Nun, vielleicht haben Sie recht, obgleich ich gestehen muß, daß mir nichts verhasster ist, als wenn man mich drängt. Mein Bestes arbeite sehr schwerfällig, wenn er sich überhaupt herbeiläßt, zu arbeiten, und mein Körper sagt sich dieser meiner geliebten Beschaffenheit.“

„Sie scheinen der Meinung zu sein,“ fuhr der Graf fort, „daß meine Angelegenheiten im Augenblick den Sporn nötiger haben als den Jügel. Habe ich recht mit dieser Vermutung?“

„Sicher! Wenn jemals bei einer Sache Eile not tat, so ist es augenblicklich der Fall.“

„Das kann ich nicht einsehen, Keller! Ich laufe da ein Grundstück für — na, sagen wir rund dreihundert Millionen Mark. Ich erhalte dann von dem ehrenwerten Schwarz und seinen Kollegen einen Stroh über anderthalb Millionen, habe also, wie Sie sagen, ein wertvolles Grundstück ganz umsonst erworben, und für die Mühe, es zu übernehmen, hat man mir noch eine Gratifikation bezahlt. Ob nun an der Westküste von Afrika Gold gefunden wird oder nicht, auf jeden Fall liegen dreihundert Millionen Mark in der Bank, über die ich verfügen kann. Ich meine also, für einen Menschen, dessen Gehirn so langsam arbeitet wie das meine, ist das eine ganz annehmbare Leistung, und ich habe Anspruch darauf, mich jetzt ausruhen zu dürfen; aber da kommen Sie voller Latendurst und erklären: Die größte Eile tut not! Um's Himmels willen, warum denn? Für mich ist die Sache erledigt!“

„Erledigt,“ rief Keller, „erledigt!“ Wieder Gott, wir haben ja gerade erst angefangen! Begrüßen Sie denn nicht, daß der Rajah mit etwa hunderttausend angedorbenen Dieben unterwegs ist, um so reich wie möglich Ihre Goldkammer zu erobern, und zwar mit der

Klarzulage liegenden Absicht, Sie zu berauben? Begrüßen Sie nicht, daß besagter Dampfer von mir selbst mit allem Erforderlichen besetzt worden ist, mit den neuesten Maschinen für den Tagbau, mit Dynamit, Vorräten, mit allen Hilfsmitteln der modernen Technik zur schleunigsten Ausbeutung der Goldlager, und daß Sie dem halunken Schwarz schriftlich bescheinigt haben, daß er aller Verantwortung ledig ist?“

„Ja, lieber Peter, ich begreife das alles; aber Ihr Ton scheint ausdrücken zu wollen, daß ich irgendwie schuld an diesen bedauerlichen Ereignissen sei. Ich gebe Ihnen die Versicherung, der Fehler liegt nicht bei mir, sondern in den Verhältnissen; warum quälen Sie mich also wegen einer Weisheit, an der ich so unschuldig bin wie ein neugeborenes Kind? Sie wollen mich doch nicht etwa zur Verantwortung ziehen?“

„Ich habe nicht das geringste Recht dazu.“

„D bitte, Keller, lassen Sie sich in Ihrem gerechten Zorn nicht dadurch beeinflussen! Wenn Sie meinen, ich habe durch Nachlässigkeit gefehlt, so geben Sie dieser Meinung Ausdruck, erleichtern Sie Ihr Herz ohne Rücksicht in der Wahl der Worte! Nehmen Sie kein Mitleid auf meine Gefühle! Ich tann Ihnen nur sagen, ich bin ein großer Freund von fräftiger Ausdrucksweise, wenn auch die Gabe nachdrücklicher Rede mir selbst verraagt blieb.“

„Wollen Sie Schwarz nicht gerichtlich belangen?“

„Belangen? Ja, aber lieber Himmel, weshalb denn?“

„Wegen des Streiks, den er Ihnen und meinem Vater gespielt. Er hat sich das Schriftstück doch durch Verpelung falscher Tatsachen erschwindelt!“

„Aber durchaus nicht! Ich habe gewisse Bedingungen gestellt, die er erfüllt hat. Dann gab ich ihm das Schriftstück, und damit war für mich die Sache zu Ende. Wäre ich mit dem zweiten Besitzt begabt, so hätte wahrscheinlich eine Vision mir offenbart, daß der Klaus Schwarz den Rajah hatte in See stechen lassen, und daß Sie als Belangener im Schiffsraum schmachteten.“

(Fortsetzung folgt.)